

Freie

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 5—8

Mai/August 1977

5 Schilling

Gestern gelernt — heute vergessen?

Zugegeben, wir sind vielleicht ein wenig hellhöriger geworden durch unsere Vergangenheit, als manch einer unserer Mitbürger, der Gestapo und KZ-Greuel bestenfalls (und das, wenn überhaupt) vom Hörsagen oder aus manipulierten Gruselgeschichten in den verschiedensten „Medien“ zu kennen glaubt.

Und zugegeben auch, daß es sich bei den verschiedenen Grüppchen von Neo-Nazis, ANR-Schlägertrupps und jugendlichen, fehlgeleiteten Kopisten der berüchtigten SS um ganz verschwindend kleine Gruppen handelt, die vielleicht nur eine Handvoll Leute haben.

Und zugegeben ferner, daß es bedeuten könnte, etwas aufzuwerten, was in Wahrheit nicht besteht, wenn man dem verbrecherischen Unfug ganz weniger einzelner durch sensationell aufgemachte Schlagzeilen eine falsche Publizität verleiht.

Aber wir haben die Vergangenheit erlebt, und wir haben aus der Vergangenheit gelernt — gerade wieder in den Tagen eines Juli ein Vermächtnis ungezählter Opfer, das zu erfüllen uns Verpflichtung ist. Wenn daher „Heil Auschwitz!“-Rufe in den Hörsälen unserer Universitäten zu hören sind, wenn stahlbehelmte Rowdies demokratische Studenten und Versammlungsteilnehmer zu verprügeln versuchen, wenn Gebäude und sogar Grabsteine mit Parolen beschmiert werden, denen der penetrante Modergeruch des Schindangers der Geschichte anhaftet, aus dem sie hervorgeholt worden sind, dann können wir nicht schweigen und mit uns nicht alle aufrechten Demokraten! Dann erheben wir Protest um Protest, so lange, bis den Reden Taten folgen, bis sich unsere Demokratie mit angemessenen Mitteln rechtzeitig zur Wehr setzt.

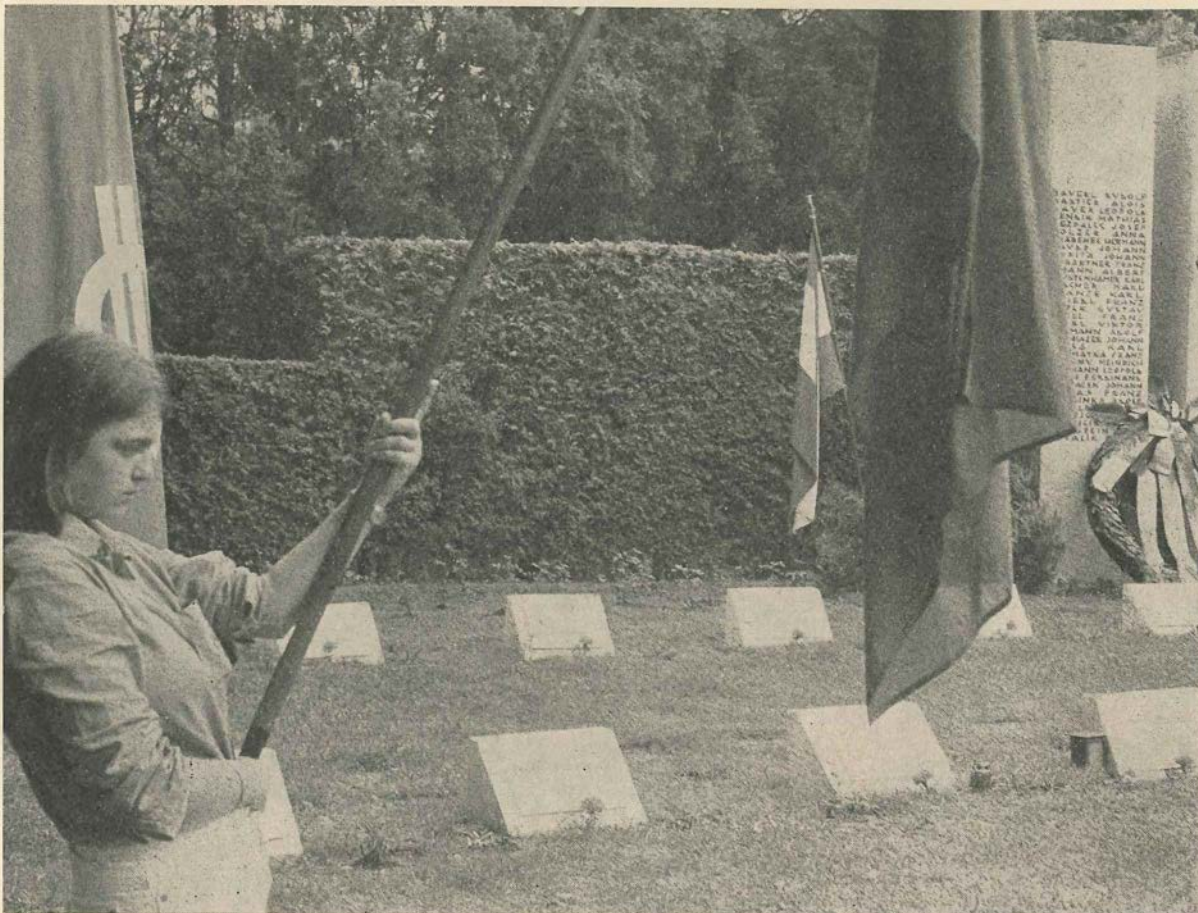
Daß es diese Mittel gibt und daß sie auch im Rahmen der Gesetze unserer Republik angewendet werden können, dafür sei der große Rechtslehrer und politische Denker Hans Kelsen Zeuge, der als der Vater eben dieser selben Gesetzestexte bezeichnet zu werden pflegt. Als er seine Abschiedsvorlesung an der Universität von Berkeley (Kalifornien) hielt, sagte er unter anderem:

„Demokratie kann sich nicht dadurch verteidigen, daß sie sich selbst aufgibt. Aber es ist das Recht jeder — auch einer demokratischen — Regierung, Versuche, sie mit Gewalt zu beseitigen, mit Gewalt zu unterdrücken und durch geeignete Mittel zu verhindern. Die Ausübung dieses Rechts ist weder mit dem Prinzip der Demokratie noch mit dem der Toleranz im Widerspruch. Es mag mitunter schwierig sein, eine klare Grenzlinie zu ziehen zwischen der Verbreitung gewisser Ideen und der Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes. Aber von der Möglichkeit, eine solche Grenzlinie zu finden, hängt die Möglichkeit ab, die Demokratie aufrechtzuerhalten.“

Eindringlicher noch als jeder Protest ist daher unser Verlangen, eine entsprechende Initiative zu ergreifen, um etwa das Parteiengesetz durch eine wohlüberlegte Gesetzesnovelle zu ergänzen, damit einem offenen oder versteckt betriebenen verbrecherischen Unfug endgültig der Garaus gemacht wird!

Nein! — Niemals vergessen!

15. Juli 1927



Gedenkkundgebung zum 50. Jahrestag

Mit einem Bekenntnis zur Sicherung der demokratischen Freiheit, der Menschenwürde und des inneren Friedens gedachte die Partei am Vorabend des 15. Juli 1977 an den Gräbern der Opfer im Wiener Zentralfriedhof der blutigen Ereignisse des Jahres 1927. Die sozialistischen Freiheitskämpfer versammelten sich schon um 16.30 Uhr vor dem Krematorium und legten am Grabe des Genossen Friedrich Austerlitz einen Kranz nieder. Nach diesem Gedenken zogen die Genossinnen und Genossen zum 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofs, wo für 17.30 Uhr das Treffen zum traditionellen Schweigemarsch unseres Bundes festgesetzt war. Um pünktlich 17.45 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Und es war ein langer Zug von Menschen, die da schweigend durch die breiten Straßen und Alleen des Friedhofs gingen und der Grabstätte der Opfer des 15. Juli 1927 zustrebten. Denn Hunderte von Genossinnen und Genossen waren gekommen, nicht nur aus Wien, sondern auch aus den Bundesländern, die an diesem 50. Jahrestag ihrer Verbundenheit mit den Toten von damals, aber auch mit ihrer eigenen Vergangenheit Ausdruck geben wollten.

Als die Teilnehmer am Schweigemarsch der sozialistischen Freiheitskämpfer beim Mahnmal eintrafen, da war der weite Platz schon von einer großen Menschenmenge erfüllt, denn um 18 Uhr sollte die Kundgebung ja beginnen.

Genosse Anton Benya ergriff das Wort zu seiner Ansprache und sagte:

Wir gedenken hier an dieser Stelle der Menschen, die vor 50 Jahren — am 15. Juli 1927 — gegen ein

unverständliches Urteil demonstrierten und dabei durch Reiterattacken und Gewehrsalven der damaligen Polizei auf Grund des Schießbefehls der dafür Verantwortlichen den Tod fanden. Ich war damals Lehrling. Gleich nach Beginn der Arbeitszeit wurde im Hof eine Betriebsversammlung abgehalten und darauf verwiesen, daß Leute, die aus dem Hinterhalt auf demonstrierende Schutzbündler geschossen und einen Invaliden und ein Kind getötet haben, freigesprochen worden sind. Es folgte ein Beschluß, wie er in vielen Betrieben gefaßt wurde, gegen dieses Schandurteil zu demonstrieren und in die Stadt hineinzumarschieren. Wir Lehrlinge mußten im Betrieb bleiben. Was dann geschehen ist, wurde während der letzten Tage in den Zeitungen und auch im Rundfunk und Fernsehen ausführlich geschildert.

Die beabsichtigte friedliche Demonstration endete blutig: 90 Zivilpersonen — in der Mehrheit sozialdemokratische Parteigänger — wurden getötet, 4 Polizisten sind gefallen und über 100 Schwerverletzte und viele Leichtverletzte waren die Folge dieser furchtbaren einseitigen Auseinandersetzung.

Wenn heute die Schuldfrage aufgeworfen wird, dann ist eines bestehen geblieben, und das kann ich für den Betrieb, in dem ich damals gearbeitet habe, bestätigen: Man dachte an eine friedliche, aber wirkungsvolle Demonstration. So ist es sicher auch in anderen Betrieben gewesen.

Wir wollen am Grab der Toten nicht richten. Doch dieser blutige 15. Juli 1927 war das Ergebnis einer jahrelangen Hetze von reaktionären Kreisen, wie zum



Beispiel des Frontkämpferbundes, die es nicht overwinden konnten, daß die Sozialdemokraten von Wahl zu Wahl stärker geworden waren und daß sie im roten Wien ein für die Welt beispielhaftes Aufbau-programm verwirklichten.

Auf der anderen Seite waren die bürgerlichen Regierungen, die sich in rascher Folge abwechselten, nicht in der Lage, die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hintanzuhalten und ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Wirtschaftspolitik, die damals betrieben wurde, führte dann in den weiteren Jahren zu einer Massenarbeitslosigkeit in Österreich. Etwa 600.000 Menschen wurden schließlich arbeitslos, wobei nur noch die Hälfte von ihnen eine Arbeitslosenunterstützung oder die sogenannte Notstandsaulhilfe erhielt.

Die Erste Republik, die von vielen nicht gewollt war, weil die einen der Monarchie nachtrauerten, die anderen an eine Verbindung mit Deutschland dachten, hat sich von dieser Auseinandersetzung im Juli 1927 nicht mehr erholt. Die Gegensätze wurden vielmehr noch schärfer und führten dann im Jahre 1933 zur Ausschaltung des Parlaments.

Im Februar 1934 kam es dann zu der blutigen Auseinandersetzung. Schutzbündler und Sozialdemokraten kämpften um die Erhaltung der Republik, gegen Heimwehren und Sturmcharen, gegen die Staatsgewalt. Es kam das autoritäre System des Austrofascismus. Die Not wurde nicht gelindert, sondern steigerte sich zu Ausmaßen, die heute gar nicht mehr vorstellbar sind.

Da kam aus Deutschland, durch Propaganda gut vorbereitet, der Nationalsozialismus, von dem sich manche eine Besserung der wirtschaftlichen Situation erwarteten. Doch Nationalsozialismus und Faschismus führten, wie uns Jungen von damals die Älteren voraussagten, zum Krieg mit all seinen Schrecken.

Junge Menschen, die an den verschiedenen Fronten in der ganzen Welt im Hagel der Granaten lagen, sagten sich so wie ihre Väter und Mütter daheim: Wenn all dies wieder vorbei sein wird, dann wollen wir uns eine neue, eine bessere, eine schönere, friedliche Welt aufbauen.

So sind wir im Jahre 1945 angetreten, alt und jung, um die Zweite Republik, die Wirtschaft und unsere Organisationen wieder aufzubauen. Und wir können heute sagen, daß wir aus der furchtbaren Vergangenheit gelernt haben.

Durch den Einfluß der Sozialisten in Staat und Wirtschaft, besonders in der Zeit seit 1970, da die Sozialisten allein die Verantwortung tragen, haben wir gezeigt, daß wir dafür sorgen können, daß die Vollbeschäftigung erreicht und gehalten wird; daß auf Grund des Wirtschaftsertrages ein Sozialrecht geschaffen werden kann, das den Menschen Schutz vor Notfällen des Lebens gibt.

Durch die Stärke der Sozialisten in diesem Lande und durch die Stärke der österreichischen Gewerkschaftsbewegung konnte viel erreicht werden. Es

konnte auch erreicht werden, daß man bei aller Auseinandersetzung aus weltanschaulichen Gründen es immer noch verstanden hat, Kompromisse zu schließen und eine ständige Verbesserung der Lebenshaltung herbeizuführen.

Es gab auch in der Zweiten Republik Demonstrationen. Gleich nach dem Krieg waren es Demonstrationen um eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Es gab Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Preis- und Lohnabkommen; es gab Versuche, unter diesem Titel die demokratische Regierung abzulösen, und es gab Demonstrationen bei Besuchen von Staatsoberhäuptern. Aber alle diese Demonstrationen wurden durch die Exekutivorgane, vor allem der Wiener Polizei, wenn sie nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurden, so aufgelöst, daß sie — bis auf einen Toten, Fritz Kirchweyer — unblutig verliefen. Dafür gebührt den Verantwortlichen der Polizei, vor allem unserem Genossen Joschi Holaubek, der 25 Jahre als Polizeipräsident diese Verantwortung zu tragen hatte, zusammen mit den Offizieren und Mannschaften unser Dank für die Lösung dieser schwierigen Aufgaben.

Wenn wir heute in unserem Land die Vollbeschäftigung haben, wenn es uns gelungen ist, den Lebensstandard ständig zu verbessern und diese Verbesserung sichtbar zum Ausdruck kommt und wenn heute — mehr als in der Ersten Republik — gegenseitiges Verständnis und tolerantes Verhalten vorhanden sind, dann glaube ich, daß es gerade hier, an dieser Grabstätte, angebracht ist zu sagen, nachdem Generationen nachgekommen sind, die diese schreckliche Entwicklung nicht miterlebt haben, daß man bei aller Gegensätzlichkeit immer versuchen soll, alle Probleme menschlich zu lösen, ohne Gewaltakte zu setzen.

Demonstrationen sind ein Recht in der freien Gesellschaft. Es ist aber auch Pflicht der Staatsbürger und der Vertreter der Staatsgewalt, immer daran zu denken, daß es durch Gewaltakte keine Dauerlösungen gibt.

Die Toten vom 15. Juli 1927, die Gefallenen vom Februar 1934, die von den Faschisten Ermordeten und in den Konzentrationslagern Umgekommenen und die Gefallenen des Krieges sollen uns immer daran erinnern, daß wir die höchsten Güter, die demokratischen Freiheiten und die Menschenwürde bewahren und behüten müssen. Und daß wir immer auch bereit sein müssen, jederzeit dafür einzutreten!

Genosse Christian Broda stellte an den Beginn seiner Ausführungen ein Zitat aus der Trauerrede, die unser Genosse Karl Seitz am 21. Juli 1927 im Wiener Gemeinderat gehalten hatte:

„Ein furchtbares und schreckliches Unglück hat unsere Stadt heimgesucht. Wir haben gestern 57 Tote bestattet, eine fast ebenso große Zahl liegt in den Totenkammern. Viele Hunderte von Verwundeten liegen in Schmerzen darnieder, ringen mit dem Tod, und wer nur einen dieser Menschen, die von heimtückischen Geschossen getroffen worden waren, sterben sah, wird diesen Eindruck im Leben nicht vergessen.“

Mit diesen Worten hat Karl Seitz seine Trauerrede im Wiener Gemeinderat am 21. Juli 1927 eingeleitet.

Niemand von uns — wie jung wir auch waren und was immer wir später geworden sind — hat in seinem Leben jemals vergessen können, was damals am 15. Juli 1927 geschehen ist. Die Erinnerung an den 15. Juli 1927 hat uns mitbestimmt und geformt. Wir wußten: Gleiches sollte sich niemals wieder in unserer Stadt und in unserem Land ereignen dürfen.

Ich habe mich oft gefragt, welches für uns die Wurzeln dieser Erkenntnis der Bedeutung des 15. Juli 1927 gewesen sind, damit wir einmal den nachfolgenden Generationen davon erzählen können. Hier der Versuch einer Antwort: Am 15. Juli 1927 wurde bereits die ganze von Entsetzen gelähmte Stadt Zeugin dessen, was der Faschismus später in vielen Ländern Europas so schrecklich verwirklicht hat. Der Sieg der Demokratie über den Faschismus und die Wiedererringung der Freiheit Österreichs wurden für uns zum Dank an die Opfer der Wiener Julitage 1927.

Das Bild steht noch heute vor mir: Die großen roten Buchstaben an der Rahlstiege „Hier floß Blut“ — zur Erinnerung an die Hetzjagd auf die Menschen, denen man auch dort noch nachschloß, als sie vor der Polizeiattacke Rettung suchten.

Unendlich viel Blut ist seither in Österreich geflossen: Im Februar 1934, während seiner Kämpfe und durch seine Standgerichte. Und im NS-Unrechtsstaat, in seinen Konzentrationslagern und in seinen Hinrichtungsstätten. Wenn wir uns heute vor den Gräbern der Toten des 15. Juli 1927 versammeln, gedenken wir aller Opfer von Faschismus und Krieg, die nachher kamen, der toten Schutzbündler und jener, die bei der Gedenkundgebung der revolutionären Sozialisten am 15. Juli 1934 auf dem Predigtstuhl erschossen wurden; der Toten von Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Ravensbrück und Mauthausen.

Immer wenn ich Besuchern von den Fenstern des Justizministeriums aus die so ganz andere Architektur des obersten Stockwerkes des Justizpalastes zeige und als eine dauernde Erinnerung an den Brand vor 50 Jahren erkläre, dann erzähle ich von der Tragik der Ereignisse.

Es war die tiefe Enttäuschung der Menschen, daß ihnen die Gerechtigkeit versagt wurde, die sie suchten — auch wenn das durch einen Wahrspruch der Mehrheit der Geschwornen geschah. Die Enttäuschung, die zur Empörung wurde, führte die Menschen auf die Straße; in ihrer überwältigenden Mehrheit waren sie friedlich und ohne jeden Gedanken an eine Gewalttat. Das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit ist es, was die Justiz zu ihrer Arbeit braucht und das sie nicht enttäuschen darf, wenn nicht die Gesellschaft Schaden nehmen soll. Und dieses Vertrauen war in seinen Grundfesten erschüttert. Denn die Justiz ist immer das Spiegelbild der Stimmungen der Gesellschaft, denen sie unterworfen ist und die sie wiedergibt. Die Justiz ist niemals besser als die Gesellschaft, deren Teil sie ist und der sie dient.

Das Österreich jener Tage war in zwei Lager zerissen. Und diese unselige Spaltung des Landes hat im Schattendorf-Prozeß ihren Niederschlag in der un-

seligen Entscheidung der gespaltenen Geschwornenbank gefunden.

Ich habe in den letzten Tagen die noch erhaltenen Akten des Justizministeriums über die „Ausschreitungen des 15. Juli 1927“ durchgesehen. Als erschütternde Geschichtsquelle zeigen diese Akten das ganze Maß lange zurückgestauter und plötzlich losgebrochener Empörung über erlittenes Unrecht; sie zeigen die Angst und den Haß, die Hilflosigkeit und die Verwirrung der für „Gesetz und Ordnung“ Verantwortlichen, die dann das große Blutvergießen erzeugten.

So kam es, daß unter den 85 Opfern Kinder und Frauen waren, die zufällig dazugekommen sind, und 11 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, die den freiwillig übernommenen Hilfsdienst für alle verrichteten. Unter ihnen war der Ordner Josef Bezpalec aus Favoriten, der auf der Rampe des Justizpalastes Dienst versah und den die tödliche Polizeikugel traf, als er einen von der Menge blutig geprügelten Wachbeamten ins Gebäude hinein zu dessen Kameraden in Sicherheit bringen wollte. Das hat er noch vor seinem Sterben seinen Angehörigen berichten können...

Unter den Opfern war auch die 12jährige Bürgerschülerin Adele Stanek aus der Lerchenfelder Straße, das Kind im Matrosenkleid, wie es auf den zeitgenössischen Abbildungen festgehalten ist. Und unter ihnen die vielen Opfer, die durch Schüsse in den Rücken getötet worden waren...

Diese Erinnerungen sind es, die uns noch heute ans Herz greifen.

So kam es, als an die Stelle ruhiger Überlegung, die auf moralischer Autorität aufbaut, das „Durchgreifen“ und „Dreinschlagen“ und das „Schießen“ traten. So kam es, als das Volk auf der einen und der Staat auf der anderen Seite einander gegenüberstanden.

Die Arbeiter, die am 15. Juli spontan auf die Ringstraße zogen, wußten keinen anderen Weg des Protestes. Die Staatsmacht kannte keine andere Antwort als die mörderischen Salven auf unbewaffnete Mitbürger aus den an die Polizei ausgegebenen Infanteriegewehren. Statt Ausgleich Eskalation: Das mußte zum





furchtbaren Ende führen. Der Weg in den Februar 1934 und in den März 1938 war vorgezeichnet.

Nun ist ein halbes Jahrhundert seit dem 15. Juli 1927 vergangen. Heute bemühen wir uns alle darum, es besser zu machen, als man es damals getan hat. In der Demokratie darf es niemals so weit kommen, daß die Menschen nicht mehr miteinander reden können, daß die Menschen den Staat nicht mehr verstehen und der Staat die Menschen nicht mehr versteht.

Wir denken dabei an Otto Bauers unvergängliche Worte in der Parlamentssitzung nach den blutigen Juliereignissen:

„Ich bin überzeugt, daß auch die schreckliche Lehre dieser Tage uns nicht irremachen wird. Die Methode, an das Moralische im Menschen auch noch in der Stunde der höchsten Erregung zu appellieren, ist freilich schwer. Sie führt nicht sofort zum Ziele. Sie erfordert auch sehr viel persönlichen Mut. Es ist bequemer und leichter, schießen zu lassen.“

Seit 1945 haben nie mehr Österreicher auf Österreicher geschossen. Seit 1945 hat die Republik niemals

auf ihre Bürger schießen lassen, wenn sie protestiert haben. 1927: 89 Tote in 32 Stunden. 1977: Kein einziges Opfer durch die Exekutive in 32 Jahren.

Das ist unsere kostbarste Errungenschaft: Österreich ist ein Land des inneren Friedens geworden und wird es bleiben.

Die Geschichte der Völker wird groß auch durch ihre Tragödien. Mit der Tragödie des 15. Juli 1927 hat die große Tragödie unseres Volkes in diesem Jahrhundert begonnen. Sie ist aber auch zum geschichtlichen Ausgangspunkt und zugleich zum ersten Anknüpfungspunkt unserer späteren Einigung auf dem gemeinsamen Boden der Achtung der gleichen Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens im Geiste der Toleranz und der Achtung des Standpunkts des anderen geworden. Darin besteht der bleibende versöhnliche Platz des 15. Juli 1927 in der Geschichte Österreichs.

Wir alle haben eine Lehre gezogen: Den gemeinsamen Boden des demokratischen Bekenntnisses zum inneren Frieden werden wir über alles Trennende hinweg nie mehr verlassen.

Als einziges Mitglied seiner Fraktion hat sich damals der christlichsoziale Abgeordnete Dr. Karl Drexel, Pädagoge und Theologe, in der Sitzung des Nationalrates vom 27. Juli 1927 über Gräben und Gräber hinweg zur Versöhnung bekannt, als Karl Renner zur Besinnung aufrief. Und so soll in dieser Stunde auch seine beschwörende Stimme zu Wort kommen:

„Beide Teile haben Maschinengewehre, beide Teile haben Infanteriegewehre, beide Teile haben Patronen und beide Teile haben Mannschaft. Vor Euch steht Leben oder Tod. Wählet!“

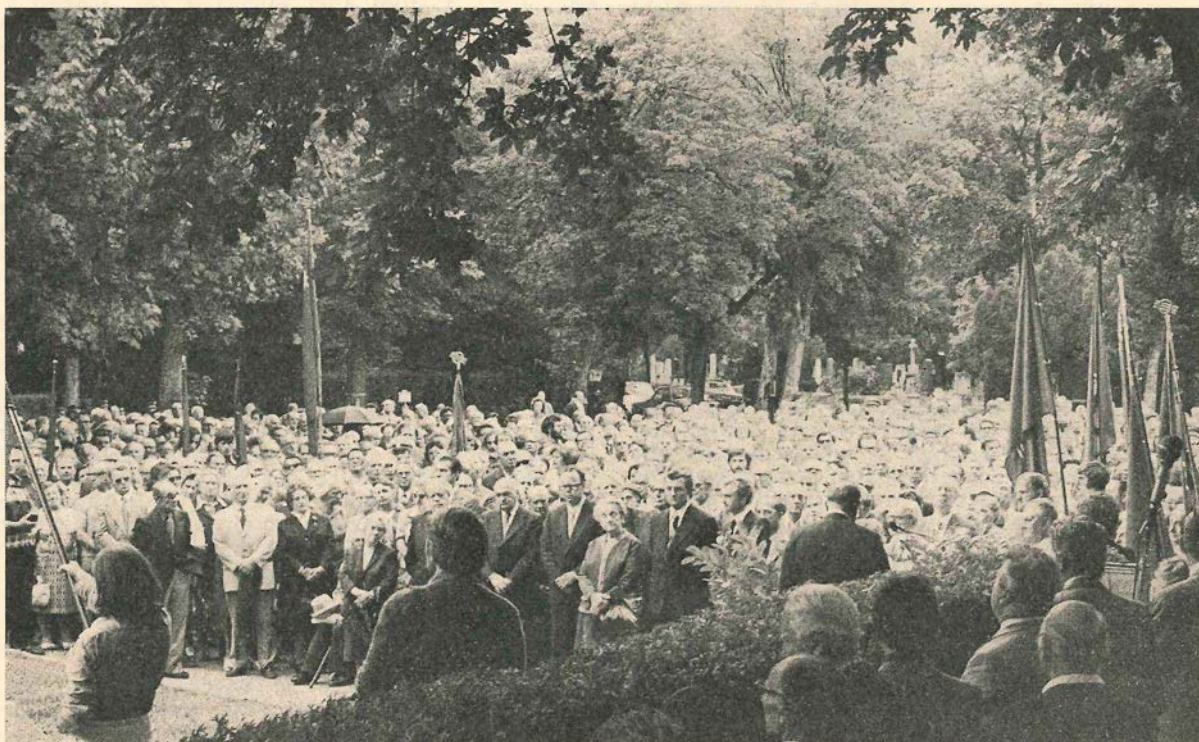
Die damals Regierenden haben gewählt: 1927 und auch 1934: Die Republik hat den Tod gefunden.

Im Jahre 1945 hat die wiedererstandene Republik für das Leben entschieden, für das Recht und für den inneren Frieden. Und unsere Verfassung bestimmt:

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.“

Wir werden dieses Recht verteidigen und bewahren. Wir wollen den inneren Frieden behüten — jetzt und in Zukunft!

Das ist unser Versprechen an die Toten des 15. Juli 1927, deren Andenken wir heute ehren.



Die Gräber der Opfer des
15. Juli 1927 auf dem
Wiener Zentralfriedhof



Spanien – neuer Anfang

Spanien hat den Sprung in die Gegenwart geschafft. Nach 38 Jahren Diktatur haben wieder freie und geheime Wahlen stattgefunden: Der Kampf um die Freiheit ist gewonnen. Doch nun geht es darum, den Anschluß an den demokratischen Westen sozial und wirtschaftlich zu finden.

Das Unfaßbare für Spaniens alte und junge Faschisten geschah am ersten Mittwoch im Juli, als Parlamentspräsident Hernandes Gil die alte Dame ansprach: „Willkommen in diesem Haus, Lady. Sie sind ein Teil der spanischen Geschichte, den auch ich durchlebt habe.“

Der Ort dieser Ansprache war das spanische Parlament, und die so Angesprochene ist Dolores Ibarruri, die langjährige Führerin der spanischen Kommunisten, die unter dem Namen „la pasionaria“ (die Leidenschaftliche) in die spanische Geschichte eingegangen ist. Wäre die „pasionaria“ jemals Francos Faschisten in die Hände gefallen, so hätte sie zweifellos keine Überlebenschancen gehabt.

Diese Episode zeigt deutlicher als jedes Wahlergebnis, daß die Politiker, die Spanien heute führen, den Anschluß an die seinerzeit von den Faschisten so blutig zerstörte Demokratie gefunden haben. Dies bezieht selbst den König mit ein, der vor kurzem auch den KP-Chef Spaniens, Carrillo, zu einem Empfang eingeladen hatte.

Um die politische Wichtigkeit der beiden Ereignisse zu verstehen, muß man daran erinnern, daß an der Frage, ob die KP überhaupt erlaubt sein sollte, die Demokratie selbst in Schwierigkeiten geraten war. Die erste Nach-Franco-Regierung war sich selbst darüber nicht einig. Die Faschisten drohten für den Fall der KP-Zulassung mit Aktionen, und das Militär, vertreten durch höchste Offiziere, trat scharf dagegen auf.

Daß die KP legal werden konnte, war in erster Linie auf die harte Haltung der Opposition, allen voran der Sozialisten, zurückzuführen, die auf dem Standpunkt standen, jeder Partei müsse die legale Arbeit gestattet sein. Diese Haltung konnte vor allem auch deshalb eingenommen werden, weil die spanische KP stets zu den nicht moskauhörigen kommunistischen

Parteien gehört hatte, was ihr erst kürzlich massive Angriffe Breschnjews eingetragen hatte.

Für diese Wahlen hatten 157 Parteien 5343 Kandidaten aufgestellt. Sieger wurde das Demokratische Zentrum, dicht gefolgt von der sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei.

Diese beiden Parteien erhielten von ihren Wählern einen so starken Vorsprung, daß die anderen Parteien praktisch nur als Oppositions- oder Koalitionsparteien in Frage kommen. Denn sie haben zusammen nicht einmal ein Fünftel aller Mandate. Faszinierend für alle Antifaschisten ist dabei die Tatsache, daß die Faschisten von der Bildfläche fast verschwunden sind. Ein Teil von ihnen dürfte den Rechtsblock Volksallianz gewählt haben, der aber nicht einmal 10 Prozent der Mandate des Demokratischen Zentrums erhielt. Die offen neofaschistische Fierza Nueva erreichte keinen einzigen Sitz.

Hier zeigt sich dieselbe Entwicklung wie in Portugal: Daß die Diktatur selbst trotz allen Poms und aller Machtentfaltung immer mehr an Anhängern verliert, je länger sie herrschen kann. Spanien zeigt dies deutlich, wenn es nun dort ansetzt, wo vor 38 Jahren ein jähes Ende war.

Das zeigt sich aber auch noch an einem anderen Beispiel: Franco verfolgte die spanischen Volksgruppen der Basken und Katalanen mit seinem Haß. Ihre jahrhundertalte weitgehende Verwaltungsautonomie wurde von ihm zugunsten eines zentralistischen Regimes zerschlagen. Aber nur vier Tage nach den Wahlen versammelten sich die gewählten Parlamentarier des Baskenlandes unter der historischen Eiche von Guernica und beschlossen, umringt von Tausenden Menschen, die Ausarbeitung eines Autonomiestatuts.

Weniger spektakulär, doch nicht weniger wirksam gingen die Katalanen vor. Sie unterrichteten König und Regierung von der geschaffenen Versammlung katalanischer Parlamentarier und forderten die Rückkehr des Exilpräsidenten Josep Tarradellas, die auch zugestanden worden ist.

Spaniens Demokratie ist wiederhergestellt, seine Völker erhalten ihre verbrieftete Autonomie zurück. 38 Jahre Faschismus sind nun endgültig vorbei.

Wir protestieren

Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Opferverbände* protestiert schärfstens gegen die neonazistischen Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Flucht des NS-Kriegsverbrechers Kappler wesentlich verstärkt wurden.

Den Hinterbliebenen der Opfer Kapplers in Italien übermittelt die Arbeitsgemeinschaft kameradschaftliche Grüße und den Ausdruck tiefster Verbundenheit.

Die Besudelung einer Synagoge und des jüdischen Friedhofs in Wien zeigen die grenzenlose Gemeinheit jener Unbelehrbaren, die schon einmal unser Land in den Abgrund geführt haben. Dieser Exzeß des Neonazismus darf allerdings nicht gesondert, sondern muß im Zusammenhang mit anderen beunruhigenden Ereignissen gesehen werden: Den Provokationen der „Aktion Neue Rechte“ (ANR) und den Vertrieb von Zeitungen mit neonazistischem Inhalt!

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände verlangt:

Verbot aller nazistischen Organisationen und Publikationen.

Strengste Bestrafung jener Unbelehrbaren, die nicht einmal vor der Schändung von Friedhöfen zurückschrecken.

Verstärkte Aufklärung — insbesondere der jungen Generation — über das wirkliche Wesen der NS-Zeit.

Die Massenmedien, die Eigentum der Republik Österreich sind, sollen in den Dienst dieser Aufklärungsarbeit gestellt werden.

* Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.



Die verschwundenen Gefangenen

Seit dem faschistischen Militärputsch in Chile am 11. September 1973 wurden tausende Menschen verhaftet und in die KZs und Gefängnisse der Junta gebracht. Jetzt, in den letzten Monaten, konnte man eine — allerdings nur scheinbare — Veränderung beobachten: Seit der Wahl Carters zum neuen Präsidenten der USA bemüht sich die Junta, ihr Ansehen im Ausland zu verbessern. Das ist auch der Grund, warum von September bis Dezember 1976 mehrere hundert Gefangene freigelassen worden sind. In der gleichen Zeit begann allerdings die Zahl jener Personen zu steigen, die verhaftet worden sind, deren Haft aber bis heute von den chilenischen Behörden geleugnet wird — die „verschwundenen“ Gefangenen.

Nach außen hin versucht man also, den Anschein zu erwecken, daß in Chile die Menschenrechte geachtet werden; in Wirklichkeit aber sind die Methoden der Verfolgung und Unterdrückung noch brutaler geworden. Freigelassen hat man nur jene Personen, die ohne jede Anklage und ohne ein Urteil der chilenischen Gerichte unter den Bestimmungen des sogenannten Ausnahmezustandes festgehalten worden sind. Die übrigen politischen Gefangenen bleiben weiterhin als gewöhnliche Kriminelle in Haft! Der größte Teil der politischen Gefangenen heute — etwa 2500 Personen — gilt als „verschwunden“. Die Methode des „Verschwindenlassens“ von politischen Gefangenen ist nicht nur in Chile, sondern auch in den anderen faschistischen Diktaturen Lateinamerikas üblich, wie etwa in Uruguay und Argentinien. „Verschwinden“ bedeutet für den Gefangenen häufig den Tod, für die Angehörigen unermessliches Leid. Immer häufiger wird der Tod oft als Selbstmord hingestellt oder als Unfall getarnt, von Toten, die nicht selten bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind.

In rechtlicher Hinsicht zeigt sich besonders deutlich die Aussichtslosigkeit der Lage der Verschwundenen. Schutzgesuche, die von den Familienangehörigen oder vom katholischen Vikariat für die Solidarität gestellt werden, das sich um die Betreuung der Gefangenen kümmert, werden von den Behörden einfach zurück-

gewiesen. Justiz und faschistische Behörden arbeiten nachweislich zusammen.

Allerdings zeigen gerade Beispiele aus letzter Zeit, daß wiederholte Interventionen doch eine wirksame Hilfe für die Gefangenen sein können.

In der Zeit vom 17. Jänner 1975 bis zum 27. Jänner 1975 wurden in Valparaiso und Viña del Mar (Chile) zwei Frauen und sechs Männer vom chilenischen Geheimdienst DINA verhaftet, der direkt Pinochet untersteht. Von offizieller Seite wird die Festnahme geleugnet, obwohl es dafür Zeugen gibt! Bei den acht Personen handelt es sich um Hausfrauen, Arbeiter und Studenten. Ihre Namen lauten: Horacio Carabantes Olivares, Alfredo Gabriel Garcia Vega, Maria Isabel Gutierrez Martinez, Fabian Ibarra Cordova, Sonia Rios Pacheco, Carlos Ramon Rioseco Espinoza, Abel Alfredo Vilches Figueroa und Elias Ricardo Villar Quijón.

Auch die Haft selbst ist durch eidesstattliche Erklärungen ehemaliger Mitgefangener bestätigt worden.

Nach zahllosen Bemühungen der Angehörigen konnte schließlich im September durchgesetzt werden, daß der Strafgerichtshof in Viña del Mar einen Untersuchungsrichter einsetzte. Die Akten über diese Untersuchungen waren bis Dezember 1976 auf über 1000 Seiten angewachsen, aber der Inhalt wurde bis heute geheimgehalten! Zahlreiche Interventionen führten dazu, daß sich der Oberste Gerichtshof in Santiago mit dem Fall befaßte — erstmalig seit dem Putsch — und von der DINA Informationen verlangte!

Damit ergeben sich aber aus dieser völlig neuen Situation heraus neue Möglichkeiten, den Gefangenen im Rahmen der Internationalen Solidarität zu helfen.

Jeder von uns kann helfen: Durch Briefe oder Postkarten mit dem nebenstehenden Text, die an die Chilenische Botschaft in Wien geschickt werden, soll dokumentiert werden, daß auch der Fall der acht „Verschwundenen“ in Österreich nicht unbekannt ist. Und in vielen Fällen ist bewiesen, daß solche Interventionen das Leben von Gefangenen gerettet haben und daß viele von ihnen ihre Freiheit der Internationalen Solidarität verdanken.

Solidarität mit Chile

An den
Chilenischen Botschafter in
Österreich
Lugeck 1
1010 Wien

Mit Bestürzung entnehme ich
der internationalen Presse
die Information, daß es in
Chile etwa 2500 politische
Gefangene gibt, deren Haft
von den chilenischen
Behörden offiziell geleugnet
wird.

Es ist mir aber bekannt,
daß im Jänner 1975 acht Personen
in Valparaiso beziehungsweise in
Viña del Mar verhaftet worden sind
und nun seit mehr als zwei Jahren
zu den „Verschwundenen“
zählen.

Die Namen der acht Personen
lauten: Horacio Carabantes,
Alfredo G. Garcia, Maria Isabel
Gutierrez, Fabian Ibarra, Sonia
Rios, Carlos Ramon Rioseco,
Abel Alfredo Vilches und Elias
Ricardo Villar.

Aus humanitären Gründen bitte
ich Sie als den Repräsentanten
der chilenischen Regierung in
Österreich, sich für diese acht,
aber auch für alle übrigen
verschwundenen Gefangenen einzu-
setzen.

Unterschrift

Adresse

.....

Der Bundesvorstand hat bereits im Juni 1977 ein
Protesttelegramm an UNO-Generalsekretär Waldheim
geschickt, als bekannt wurde, daß in der UNO-Mission
in Santiago Frauen in den Hungerstreik getreten
waren, um gegen die willkürlichen Verhaftungen durch
den chilenischen Geheimdienst DINA zu protestieren:

Dr. Kurt Waldheim
Generalsekretär der UNO
New York

Zutiefst erschüttert über Hungerstreik chilenischer
Frauen in Santiago wegen willkürlicher Verhaftung
ihrer Männer und Söhne — erbitten sofortige Entsen-
dung einer UNO-Untersuchungskommission zur Ret-
tung der 2500 verschwundenen chilenischen Patrioten.

Auch an die Frauen der Verhafteten haben wir ein
Telegramm geschickt, in dem wir sie unserer Solidari-
tät versichern.

Chilenische Frauen
Haus der CEPAL (UNO)
Santiago/Chile
Avenida Dag Hammarskjöld

Versichern Euch unserer Solidarität — haben bei der
UNO für die Rettung chilenischer Patrioten inter-
veniert.

Les aseguramos nuestra solidaridad. Mandamos un
telegrama alla ONU para pedir intervencion en favor
de la salvacion de los desaparecidos.

G G	Gattungs- bezeichnung	Post- und Telegraphenverwaltung			Übermittelt an am durch ArbPl.
	Telegramm				
	santiago/chile (Bestimmungsamt)		ausland tel aufn (Aufgabeamt)		
	Aufgabe nummer	Wortanzahl	Aufgabedatum	Aufgabezeit	
	74198		1977-06-27	12 uhr 15	
Gebührenfreie Dienstvermerke:					
der Fernsprech- oder der Fernschreibnummer des Empfängers vor der Anschrift kann die Zustellung des Telegramms beschleunigt werden. Bitte die Rückseite zu beachten.					
Name und Adresse des Absenders	Gebührenpflichtige Dienstvermerke:				
	chilenische frauen				
	haus der cepal (uno) + avenida dag hammarskjöld				
	(Bestimmungsamt) santiago + chile				
	nuestra				
	les aseguramos solidaridad mandamos un telegrama				
	alla ONU para pedir intervencion en favor de la				
	salvacion de los desaparecidos. =				
+ sozialistische Freiheitskämpfer					
oesterreichs +					

Die 25. Novelle zum OFG

Als wir vor einiger Zeit über die Verbesserungen berichtet haben, die die 24. Novelle zum Opferfürsorgegesetz (OFG) gebracht hat*, die am 7. Juli 1976 vom Nationalrat verabschiedet worden ist, da haben wir auch darauf hingewiesen, daß es vor allem dem Verständnis und dem Entgegenkommen unseres Genossen Ing. Rudolf Häuser zu danken gewesen ist, wenn trotz der angespannten budgetären Lage ein so bedeutender Fortschritt in der Opferfürsorge hat erreicht werden können.

Wir haben aber auch betont, daß es nicht möglich gewesen ist, allen berechtigten Wünschen gerecht zu werden und daß wir deshalb versuchen werden, die Lösung der noch offengebliebenen Fragen in einer 25. Novelle zum Opferfürsorgegesetz durchzusetzen. Und unser Genosse Eduard Kittl, der damals im Parlament für uns das Wort ergriffen hat, ist es gewesen, der betont hat, daß unsere Abgeordneten im Parlament auch in Zukunft bereit sein werden, Ergänzungen in der Opferfürsorgegesetzgebung durchzusetzen.

Am 20. Juni 1977 haben nun die Opferverbände** dem Sozialminister Dr. Gerhard Weissenberg die noch offenen Forderungen und Wünsche der Opfer für eine 25. Novelle zum OFG in einer persönlichen Aussprache überreicht.

Unser Sozialminister hat viel Verständnis für unsere offenen Wünsche gezeigt, und wir hoffen, daß die Pro-

bleme der Opfer und deren Hinterbliebenen im Herbst im Parlament einer Lösung zugeführt werden können.

Unsere wesentlichsten Forderungen sind:

1. Hinterbliebene Witwen nach Opfern sollen Anspruch auf die Hinterbliebenenrente haben, wenn das Opfer zum Zeitpunkt seines Ablebens eine Opferrente entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit auf mindestens 50 von 100 bezogen hat. Allerdings besteht kein Anspruch auf die Amtsbescheinigung.
2. Sterbegeld soll gewährt werden auch bei Ableben von Besitzern eines Opferausweises, sofern ihr Einkommen den geltenden Richtsatz der Unterhaltsrente nicht übersteigt.
3. Einbeziehung der Lebensgefährtinnen nach Ableben des Opfers bei Unterstützungen aus den Mitteln des Ausgleichsfonds, auch wenn sie keine Witwenhilfe beziehen.
4. Für Bezieher von Opferrenten entsprechend einer Minderung von 30 beziehungsweise 40 von 100 fordern wir, daß sie auch nach dem 65. Lebensjahr einen Verschlimmerungsantrag für ihre haftbedingten Leiden stellen können.

Ein seit langem gestellter Wunsch bezieht sich auf Befreiung von der Rezeptgebühr für Bezieher von Teilunterhaltsrenten und verkürzten Witwenbeihilfen.

Im Jahre 1978 jährt sich zum 40. Male der Tag, an dem Österreich von der Landkarte gelöscht und an das Dritte Reich angegliedert wurde. Dieser Anlaß berechtigt uns zu der Hoffnung, daß unsere verschiedenen Wünsche erfüllt und unsere noch offenen Probleme einer Lösung zugeführt werden.

Brief aus der BRD

Nazi-Ideologie als „Staatsbürgerliche Aufklärung“?

Wer heute ins Gespräch mit jungen Menschen auf die jüngste Vergangenheit unseres Volkes zu sprechen kommt, muß immer wieder erleben, wie wenig der Nachkriegsgeneration historische Tatsachen und Fakten über den deutschen antifaschistischen Widerstand vermittelt wurden. Selbst solche geschichtlichen Ereignisse wie der bewaffnete Kampf deutscher Antifaschisten gegen die deutsche und italienische faschistische Intervention in Spanien von 1936 bis 1939 ist den meisten gar nicht oder nur unvollkommen bekannt. Ähnlich ist es mit den geschichtlichen Kenntnissen über den antifaschistischen Kampf gegen die Hitlerdiktatur. Wenn Fakten aus dieser Zeit genannt werden, betreffen sie in den meisten Fällen die antifaschistischen Aktionen der Geschwister Scholl in München und das Attentat von Offizieren der Wehrmacht gegen Hitler.

Die Ursachen hierfür liegen auf der Hand. Die Darstellung des Widerstandskampfes deutscher Männer und Frauen aller Schichten unseres Volkes gegen Hitler in den Geschichtsbüchern der Schulen und Universitäten ist mehr als mangelhaft. Abgesehen davon, daß jedes Bundesland sozusagen selbst entscheidet, was und wie über diese Periode deutscher Vergangenheit in den Schulen zu lehren ist, gehört es andererseits offenbar zur „Staatsdoktrin“, über den Widerstandskampf deutscher Hitlergegner in- und außerhalb Deutschlands zu schweigen.

In der Tat, das konkrete Wissen über die Geschehnisse von 1933 bis 1945 ist gering und lückenhaft. Das betrifft sowohl die grausamen Unterdrückungs- und Verfolgungsmethoden der Nazi gegen Andersdenkende als auch den spontanen und organisierten Widerstand deutscher Männer und Frauen gegen den SS-Staat.

Man sucht auf dem deutschen Büchermarkt vergeblich nach Literatur, die nachholt, was in den Schulen und auf den Universitäten versäumt wurde. Im Gegenteil — wie eine Flut ergießt sich zur Zeit eine Welle von faschistischer Ideologie auf den bundesrepublikanischen Büchermarkt. Da wird von Großunternehmen im „Sonderangebot“ eine sogenannte Dokumentationsreihe von Schallplatten angeboten. Es sind Reden der Naziführer aus der Zeit der faschistischen „Machtergreifung“ bis zum Kriegsende. Hitler wiederholt hier seine Lüge „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“, sogenannte „Tondokumente“ berichten von der „Waffen-SS“ und der „Hitler-Jugend“.

Kaufhäuser und die Buchläden, die etwas auf sich halten, bieten in Massen faschistische Kriegsberichte und Erinnerungen von Nazigrößen an. Das beginnt mit den „Jagdflieger-Asen“ der Göring-Luftwaffe, über die „Orden und Ehrenzeichen des Dritten Reiches“ und setzt sich fort mit den Berich-

ten über den Einfall der Hitler-Wehrmacht in die Sowjetunion, bis zu den Erinnerungen der Witwen von Naziführern wie zum Beispiel von Emmy Göring mit ihrem Buch „An der Seite meines Mannes“ sowie der Kriegsverbrecher Heydrich und Jodl. Da wird die SS verherrlicht und Generalfeldmarschall Schörner — ein Faschist und Hitlerfreund —, der in den letzten Tagen des Krieges noch Tausende deutscher Soldaten sinnlos „verheizte“ als großer Held gefeiert!

Damit nicht genug. Es fehlt auch nicht die „Dolchstoßlegende“. Unter den Titeln „Der 20. Juli und der Landesverrat“, — „Verrat an Deutschland“ und „Verbrechen am deutschen Volk“ wird der Widerstandskampf gegen Hitler diffamiert und als „Verrat“, als „Arbeit für den Feind“ bezeichnet.

So sieht das Geschichtsbild aus, das heute der deutschen Jugend über die Naziherrschaft angeboten wird. Um so größer ist der Skandal einer Entscheidung, die vom Landgericht Hamburg gegen eine Strafanzeige getroffen wurde: Strafanzeige wurde gegen den Hamburger John-Jahr-Verlag wegen unverhohlener NS-Propaganda erstattet. Das Hamburger Landgericht stellte das Ermittlungsverfahren mit der Begründung ein, daß bei „dokumentarisch-historischen Darstellungen naturgemäß nicht darauf verzichtet werden kann, auch Kennzeichen und Symbole der NS-Zeit wiederzugeben“. Mit derartigen Publikationen bewegten sich die Verantwortlichen „in der Regel im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung“, meinte der Hamburger Staatsanwalt.

Strafanzeige wurde auch gegen die Verbreiter einer Schallplatte mit militaristisch-nazistischen Liedern erstattet. Die Herstellung und Verbreitung der Platte sei eine strafbare Handlung, da die Lieder der Platte wie „Vorwärts nach Osten“, „Rußlandfanfare“, „Lied der Panzergruppe Kleist“ und andere den Tatbestand der Schilderung von Gewalttätigkeiten gegen Menschen beziehungsweise deren Verharmlosung erfüllen und nach dem Strafgesetzbuch mit Gefängnis oder Geldstrafe zu ahnden sind. Für die Schallplatte wurde in der letzten Zeit vom Stuttgarter Bild- und Ton-Verlag in reißerisch aufgemachten Inseraten geworben.

Es bleibt abzuwarten, wie die Justiz in diesem Fall entscheiden wird.

Die Originalreden von Hitler, Göbbels und Göring als „staatsbürgerliche Aufklärung“? Wo sind wir denn? 32 Jahre nachdem eine sogenannte deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes Europa mit Krieg überzogen, Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt hat, nachdem SS, Gestapo, Sicherheitsdienst und Feldgendarmarie in den besetzten Ländern gefoltert, gemordet und unser Land in Elend und Not gestürzt haben?

Ist es da ein Wunder, wenn angesichts solcher Entscheidungen wie in Hamburg sich jene ermuntert fühlen, die schon

(Fortsetzung auf Seite 16)

Öster- reichische Freiheitskämpfer in Oradour

In der zweiten Maiwoche unternahmen hundert sozialistische Freiheitskämpfer aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland eine Reise nach Frankreich zu den Gedenkstätten des Nazi-Terrors. Ein Teil der Gruppe fuhr ab Wien mit einem Autobus und traf am darauffolgenden Tag mit den Teilnehmern zusammen, die mit dem Flugzeug nach Paris gekommen waren.

Die sogenannte „Busgruppe“ übernachtete in Straßburg, das mit seinem hochragenden Münster und den zahlreichen Bürgerhäusern aus dem 16. Jahrhundert den Charakter einer würdigen Altstadt bewahrte. Diese Stadt galt bereits im Mittelalter als ein Zentrum des Humanismus. Heute ist Straßburg der Sitz des Europarates, zu dessen Präsidenten unser Freund, Genosse Karl Czernetz, auch heuer wieder gewählt wurde. Die Gruppe besichtigte das neue Europalais. Dr. Sand, ein Mitarbeiter des Präsidenten, informierte über Sinn und Zweck des Europarates, insbesondere über die Menschenrechtskonvention.



Am Nachmittag ging die Fahrt über die erst heuer eröffnete Maut-Autobahn nach Paris, wo der Autobus im Getümmel des Rückflutverkehrs trotz der sechs Fahrbahnen fast nur im Schrittempo fahrend zu dem Hotel am östlichen Stadtrand gelangte.

Paris — ja, das ist eine Weltstadt. Nicht der alte Stadtkern, sondern die vielen Satellitenstädte bringen eine Menschenballung zustande, wie kaum woanders auf dem europäischen Festland. Rund 9,5 Millionen Menschen leben in und rund um Paris, also etwa ein Sechstel aller Franzosen. Hier trifft man Menschen verschiedener Rassen an, Afrikaner, Asiaten, die eigentlich alle geborene Europäer sind. Paris und seine Menschen faszinieren — griff doch von hier jener gesellschaftliche Wandlungsprozeß um sich, den wir als einen wichtigen geschichtlichen Wendepunkt kennen. Der Ruf der Revolution (1789 bis 1799) nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind und bleiben feste Begriffe für jede demokratische Staatsform.

An den folgenden zwei Tagen wurde Paris besichtigt, so wie jeder andere Tourist es sieht, die Paläste, die Prunkbauten, die riesigen Gotteshäuser, der Eiffelturm und andere kulturhistorische Sehenswürdigkeiten. Aber es gab auch ein Treffen mit unseren

französischen Genossen bei „Le Dreher“, dem auch der Sekretär der französischen Sozialistischen Partei, Genosse Michel Thauvin, als Sekretär für internationale Beziehungen beiwohnte. Auch Genossin Dr. Liebeth Steinitz, die Wiener Sozialistin, die seit drei Jahrzehnten in Paris lebt, war gekommen, und für die österreichischen Teilnehmer war es auch eine erfreuliche Überraschung, als SPÖ-Zentralsekretär Genosse Fritz Marsch und Genosse Walter Hacker die Reisegruppe besuchten. In seiner Begrüßungsrede wies Genosse Leo Lesjak darauf hin, daß sich gerade zum 32. Male der Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands jähre: Der 8. Mai 1945. Zum Sieg über den deutschen Faschismus und zur Befreiung Zehntausender politischer Häftlinge trug auch Frankreich seinen Teil bei, wofür dem französischen Volk zu danken sei.

Am darauffolgenden Vormittag wurden die österreichischen Freiheitskämpfer von einem Vertreter des Staatssekretariats für die Deportierten im Gedenkraum für die 200.000 Opfer des Faschismus begrüßt. In dem eindrucksvollen, gruftähnlichen Weiheraum auf der Seineinsel legte die österreichische Delegation einen Kranz nieder. Die Architektur dieser Gedenkstätte macht einen tiefen Eindruck. Im Anschluß an ein Rondo, in dessen Mitte ein ermordetes Kleinkind ruht, führt ein schmaler Schacht zu dem „Ewigen Licht“ des Gedenkens. Und beiderseits des Schachtes reiht sich Perle an Perle. Insgesamt 200.000 leuchtende Punkte — für jedes Opfer ein kleines strahlendes Sternchen...

Nach diesem Aufenthalt in Paris folgte nun die Weiterfahrt nach Oradour, dem kleinen Dorf in der

Nähe von Limoges, wo am 10. Juni 1944 — also vier Tage nach der Invasion — die SS fast alle anwesenden Menschen ermordete. In einem Anfall mörderischer Vergeltungssucht gab SS-Obersturmbannführer Diekmann Befehl zur Erschießung aller männlicher Einwohner und zur Zerstörung sämtlicher Häuser. Die in der Kirche zusammengetriebenen Frauen und Kinder wurden verbrannt. Der Blutausch der SS forderte 642 Opfer, darunter 250 Kinder. Der einst friedliche und blühende Ort gleicht heute einer Geisterstadt. Die offenen Ruinen ragen zum Himmel — wie zu einem letzten erstickenden Schrei gegen das unfassbare Verbrechen, das hier verübt wurde. Seit jenem tragischen Tag stehen die Reste des verbrannten Dorfes unberührt. Auf dem Friedhof legten die österreichischen Freiheitskämpfer zwischen zwei Glassärgen Blumen nieder und gedachten dann der unschuldigen Opfer.

In der ausgebrannten Kirche, die abschließend besucht wurde, beschrieb der Nachfahre eines Überlebenden den Hergang des Massakers von Oradour. Und selbst jenen Reiset Teilnehmern, die so manche Greueltaten der SS in den KZs selbst erlebt hatten, lief ein kalter Schauer über den Rücken, ob dieser unmenschlichen Wahnsinnstat.

Auf der Fahrt nach Oradour wurden die österreichischen Freiheitskämpfer in vier sozialistisch verwalteten Städten von durchwegs jungen, erst im März gewählten Bürgermeistern empfangen: in Chartres, Poitiers, La Rochelle und Angoulême. In ihren herzlichen Begrüßungsworten betonten alle die Stärke der Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Faschismus. Er darf sich niemals mehr wiederholen.



Die Ruinen von Oradour mahnen: Niemals wieder Faschismus

Mehr Information!

Das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information, nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern vor allem auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen.

Dieser Forderung will nun das Dr.-Karl-Renner-Institut mit seinen neuen Broschüren-Reihen Rechnung tragen!

Parteipolitik

Sozialistische Politik wird von Grundsätzen und Zielen geleitet, die langfristig orientiert sind. Deshalb bringt diese Reihe grundsätzliche Dokumente unserer Bewegung, theoretische Arbeiten und wichtige Materialien. Das ist gerade jetzt von besonderer Bedeutung: Die hier veröffentlichten Texte stellen wichtige Grundlagen und Anregungen für die Diskussion über das neue Parteiprogramm dar, dessen Entwurf dem Parteirat vorgelegt wird.

Das Parteiprogramm 1958

Die Auseinandersetzung mit dem derzeitigen Parteiprogramm ist eine wichtige Voraussetzung für die Programmdiskussion.

24 Seiten, S 10.—.

Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme

Die historischen Programme der österreichischen Sozialdemokraten illustrieren ihre geistige Entwicklung. Dieser Band enthält das Hainfelder Programm, das Nationalitätenprogramm 1899, das Programm von 1901, das Agrarprogramm 1925, das Linzer Programm und das Aktionsprogramm 1947.

60 Seiten, S 25.—.

Die Grundsätze der Sozialistischen Internationale

Die grundsätzlichen Beschlüsse der Sozialistischen Internationale stellen auch für die SPÖ einen wichtigen Bestandteil ihrer Grundsätze dar. Dieser Band enthält die Frankfurter Erklärung von 1951 und die Osloer Erklärung von 1961.

20 Seiten, S 10.—.

Grundsätze der Sozialdemokratie

Nicht nur die SPÖ, sondern auch Bruderparteien in anderen Ländern mit ähnlicher Struktur diskutieren ihre programmatischen Grundsätze. Diese Broschüre bringt den grundsätzlichen Teil des „Orientierungsrahmens 1985“ der SPD, „Auszüge aus dem neuen Programm der schwedischen Sozialdemokraten und aus dem Programmtext der niederländischen Bruderpartei.

41 Seiten, S 15.—.

Der Problemerkatalog für das neue Parteiprogramm

Ein Jahr lang hat eine Arbeitskonferenz des Dr.-Karl-Renner-Institutes das Parteiprogramm 1958 kritisch überprüft. Ihr Bericht bildet eine wichtige Grundlage für die Programmdiskussion. Dieser Band dokumentiert die zentralen Aussagen des Berichtes an den Zentralvorstand.

20 Seiten, S 20.—.

Parteiarbeit

Die Stärke der Partei ist neben ihrer politischen Überzeugungskraft ihre Organisation. Organisatorische Erfahrungen muß jeder selbst sammeln — aber das bedeutet nicht, daß nicht grundlegende und als richtig erwiesene Organisationspraktiken erlernt werden können. In dieser Reihe veröffentlichten wir Handbücher — als Informationsmaterial für junge Funktionäre, aber auch als Anregung für erfahrene Mitarbeiter.

Die offene Partei

Diese Broschüre stellt die Ergebnisse der Parteireform dar. Sie enthält die Rede Dr. Kreiskys auf dem Parteitag 1974, die Berichte der Zentralsekretäre Marsch und Blecha an den Parteitag 1976, die zentrale Resolution des Parteitages 1976 und die dort beschlossenen Änderungen des Organisationsstatuts der SPÖ.

50 Seiten, S 20.—.

Zeitdokumente

Politische Dokumente — Reden, Resolutionen, Beschlüsse — haben oft über den Tag hinaus Bedeutung. Tageszeitungen, die diese Dokumente ohnehin meist nur auszugsweise abdrucken, hebt man aber nur selten auf. In der Reihe „Zeitdokumente“ werden Reden sozialistischer Politiker, wichtige Resolutionen und Beschlüsse festgehalten — damit sie in der politischen Arbeit verwendet werden können.

Karl Blecha — Sozialistische Bildungsarbeit — Motor der Demokratisierung

Der Bundesbildungsobmann der SPÖ legt hier seine Vorstellungen über die Aufgaben sozialistischer Bildungsarbeit nieder. Nur mehr Demokratisierung sichert eine menschliche Gesellschaft — und die Voraussetzung dafür muß unsere Bildungsarbeit schaffen.

12 Seiten, gratis.

Bruno Kreisky — Freiheit von Furcht und Not

In seinem Vortrag vor dem Forum Alpbach beschäftigt sich Bundeskanzler Doktor Kreisky mit dem unversöhnlichen Gegensatz von Demokratie und Diktatur.

18 Seiten, gratis.

BESTELLSCHEIN

An das

SPÖ-Zentralsekretariat — Materialstelle
1014 Wien, Löwelstraße 18

Ich bestelle

- ☐ Exemplare: Kreisky, Freiheit von Furcht und Not (gratis)
- ☐ Exemplare: Blecha, Sozialistische Bildungsarbeit — Motor der Demokratisierung (gratis)
- ☐ Exemplare: Kreisky, Blecha, Marsch — Die offene Partei (S 20.—)
- ☐ Exemplare: Parteiprogramm 1958 (S 10.—)
- ☐ Exemplare: Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme (S 25.—)
- ☐ Exemplare: Grundsätze der Sozialistischen Internationale (S 10.—)
- ☐ Exemplare: Grundsätze der Sozialdemokratie (S 15.—)
- ☐ Exemplare: Problemerkatalog für das neue Parteiprogramm (S 20.—)

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Wir handeln im Geiste Otto Bauers, wenn wir – jeder für uns – das Recht in Anspruch nehmen, für verschiedene Meinungen einzutreten, verschiedene Meinungen zu haben, weil wir ja aus der Sorge um die Zukunft der Bewegung handeln.



75 Jahre

Unsere Genossin Helene Potetz dürfen wir nun auch zu unseren Jubilaren zählen — sie konnte in diesen Tagen ihren 75. Geburtstag begehen. Und damit kann sie auf ein Leben zurückblicken, das ganz im Zeichen aufopferungsvoller und selbstloser Arbeit für die Arbeiterbewegung steht. Aber weit davon entfernt, eine selbstzufriedene Rückschau zu halten, ist ihr dieses Wirken für die Gemeinschaft im Geiste echt sozialistischer Gesinnung auch heute noch immer Richtschnur für ihre vielfältigen Aktivitäten. Und von den vielen Funktionen, die ihr von der Partei anvertraut worden sind, seien zuletzt nur der Vorsitz im Wiener Gemeinderat erwähnt.

Unsere Helene begann ihre politische Tätigkeit bei der SAJ-Bezirksgruppe Landstraße, deren Vorsitzende sie bald wurde. Bis zum 12. Februar 1934 arbeitete sie in der Vortragsabteilung der Sozialdemokratischen Partei, wurde im Mai 1934 wegen illegaler Betätigung zum ersten Mal verhaftet und 1935 aus dem gleichen Grund steckbrieflich verfolgt. Unter falschem Namen schmuggelte sie aus Prag und Brünn illegale sozialdemokratische Publikationen in das vom Austrofaschismus beherrschte Österreich und wurde 1937 ein zweites Mal verhaftet.

Unter der Nazidiktatur wurde Genossin Potetz wieder verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und zu einer 27monatigen Zuchthausstrafe verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde Helene im November 1941 in das Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert, aus dem sie erst bei Kriegsende befreit werden konnte.

Im Jahre 1945 stellte sie sich sofort wieder für die politische Arbeit zur Verfügung. Sie wurde Mitglied des Frauenzentalkomitees der SPÖ, Gemeinderat der Stadt Wien und Redaktionssekretärin der sozialistischen Frauenzeitschrift „die frau“. An ihre Mitarbeit bei unserem Bund in dieser Funktion soll hier durch ein einziges Detail dankbar erinnert werden: In den ersten Jahren des Bestehens unserer Zeitung war es ihr Büro, in dem die Redaktionssitzungen stattfinden konnten.

Im Jahre 1954 wurde Genossin Potetz zur Vorsitzenden des Gemeinderats der Stadt Wien gewählt und im Jahre 1959 zum Dritten Präsident des Wiener Landtages bestellt. Nachdem sie aber vor zehn Jahren ihre öffentlichen Funktionen zurückgelegt hatte, konnte sie sich ganz und ausschließlich ihrer politischen Tätigkeit widmen, die sie auch heute noch fortsetzt, vor allem im Pensionistenverband.

Daß unserer Helene zu ihrem 75. Geburtstag viele Gratulationen zugegangen sind, ist nach einem so arbeitsreichen Leben wohl nur selbstverständlich; ebenso, daß auch die Partei und das Bundesfrauenkomitee zu den Gratulanten zählen. Ihnen allen schließt sich unser Bund mit besonders herzlichen Glückwünschen an!

VON NEUEN BÜCHERN

Anton Proksch und seine Zeit

Wer Genosse Anton Proksch war, muß nicht erst gesagt werden — wie er aber war und wie auch die Zeit war, in der er geworden ist, das hat er sehr anschaulich in seinen Erinnerungen beschrieben, die durch seinen plötzlichen Tod leider nur Fragment geblieben sind.

Nun hat der Europa-Verlag aus Anlaß des 80. Geburtstages ein Buch herausgebracht, dessen Manuskript so ergänzt werden konnte, daß das ganze Lebenswerk von Anton Proksch ein Bild von den großen Wandlungen ergibt, die Österreich in die vorderste Reihe der Sozialstaaten der Welt gerückt haben: Was in seiner Jugend nur Vision war, ist heute bereits erlebte Wirklichkeit geworden. Vom Menschen Proksch werden viele Leser dieses Buches Eigenschaften kennenlernen, die auch seinen nächsten Freunden neu sein mögen. Da ist der Pfarrer von Puchberg am Schneeberg, der Anton Proksch nicht genug für das danken kann, was er für seine Pfarrbuben geleistet hat. Da ist eine Bäuerin aus dem Burgenland, die ihn zum „Sautanz“ einlädt, weil Proksch ihrem Mann geholfen hat, zu seinem Recht zu kommen. Da sind aber auch Wissenschaftler von Rang und Namen, die mit ihrer Bewunderung und Anerkennung nicht zurückhalten.

Als Johannes Mario Simmel hörte, daß über seinen toten Freund ein Buch erscheinen sollte, da drängte es ihn, von seiner Begegnung mit Anton Proksch zu erzählen. Wer das Buch „Die Antwort kennt nur der Wind“ gelesen hat, wird mit Interesse erfahren, daß hier Proksch Pate gestanden hat, indem er dem Autor jene Unterlagen über die multinationalen Gesellschaften verschaffte, die den Hintergrund des Buches bilden sollten. Er schließt seinen Bericht mit folgenden Worten:

„Ich könnte ein Buch über diesen Mann schreiben, und es wäre das Buch über einen gleichermaßen guten wie außerordentlich bedürfnislosen Mann. Die meisten, für die er sich einsetzte, ahnen nicht, was und wieviel sie ihm verdanken — unter anderem, daß sie noch am Leben sind...“

Für jene, die seine Zeit miterlebt haben, wird dieses Buch zum anschaulichen Erinnerungsbild für Höhepunkte und Rückschläge, für Bangen und Verzweiflung, aber auch für Hoffnung und Erfüllung. Es mag einer neuen Generation die Wurzeln bewußt machen, aus denen die Kraft gewachsen ist, die die sozialistische Bewegung zum sichersten Pfeiler unserer demokratischen Republik gemacht hat.

Herausgegeben wurde dieses Buch über Anton Proksch von Bettina Hirsch, die auch das Manuskript ergänzt hat.

WIR BITTEN um Nachricht

Eugen Pfeiffer wird gesucht

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, uns zu schreiben, falls Sie sich an Eugen Pfeiffer erinnern:

Eugen Pfeiffer, geboren am 27. November 1900 in Bürmoos (Salzburg). Letzter Wohnsitz war Groß-Siegharts (3812), Waidhofener Straße 128. Er war gelernter Müller und ist auch vielleicht dadurch in Erinnerung geblieben, daß er fließend Französisch sprach. Am 10. November 1944 kam er von Dachau an die Ostfront und wurde dann in das Lager Makejewka bei Stalino gebracht. Die Feldpostnummer war 00512-J/10.

Esperanto — Sprache des Verstehens

Trotz aller Biegsamkeit und Unbeschwertheit von traditionellem Sprachgebrauch hat Esperanto ein ganz bestimmtes eigenes Gepräge. Sie hat, genau wie jede andere Kultursprache, das, was man unter dem Geist einer Sprache versteht; nämlich ein Fluidum, das ihm allein zu eigen ist. Und wenn Nationalsprachen Ausdruck des Nationalcharakters sind, wie beispielsweise das Englische für den „common sense“ der Angelsachsen, das komplizierte Deutsche für den philosophischen Sinn der Deutschen, das Französische für den Esprit und die charmante Eleganz der Franzosen, das Russische mit seinem Gegensatz von ungemeiner Weichheit und schroffer Härte, für die Sprunghaftigkeit und Heftigkeit der russischen Seele im Guten wie im Bösen, oder das Portugiesische mit seiner musikalischen Vokalität und Nasalität für den weichen innerlichen Charakter des portugiesischen Volkes, so atmet Esperanto den arglosen, reinen und lebensfrohen Geist des Friedens und des Verstehens. In ihm kann man gar nicht hart, brutal, grausam und haßerfüllt sein. Das ist das tiefere Geheimnis der innerlichen Kraft dieser Sprache, die aus dem Seelischen geboren wurde, und deren innere Spannkraft verstandesgemäß nicht erschöpfend analysiert werden kann, trotz des einfachen Formengewandes.

Wäre Esperanto nicht eine lebende Schöpfung, in der die seelisch positive Dynamik ihres Schöpfers zum Ausdruck gelangt, der sein Leben und Denken ganz auf sein Werk konzentrierte, es wäre längst ausgestorben, genau wie alle anderen künstlichen Sprachschöpfungen vor und nach ihm, weil ihnen das zündende, nicht konstruierbare Etwas fehlte.

Sommer 1942

Bunter kleiner Schmetterling
schwingst deine Flügel
und ziehst dahin.
Gräser und Blüten
sind deine Welt,
und nichts
hält zurück deine Schwingen.
Wo du vermeinst,
dies sei dein Platz,
dort läßt du dich nieder
zufrieden
und frei.
Ganz anders wir:
Uns menschliche Wesen
jagt man dahin.
Und wenn wir gefunden
ein Stückchen Land:
siehe,
da rasen plötzlich
Stürme des Unheils
über die Erde,
unaufhaltsam,
gleich Dämonen!
Ziehe weiter, kleiner bunter Falter,
dein freies Schwingen
macht auch mich froh!



Albert Mitsche

Wenige Tage vor Vollendung seines 84. Lebensjahres und nach langer, schwerer Krankheit hat einer der Pioniere der SPÖ in Salzburg, unser Genosse Albert Mitsche, für immer die Augen geschlossen. An seinem Totenbett gedachte die Salzburger Sozialdemokratie eines ihrer ganz Treuen, der bis zuletzt immer den



Idealen treu geblieben war, ohne für seine schweren persönlichen Opfer jemals Dank oder gar ein Spitzenmandat beansprucht zu haben. Mitsches Lebensweg, den kürzlich noch die Genossen Karl Steinocher und Eduard Kittl am Spitalsbett gewürdigt hatten, ist der eines aufrechten Sozialisten, der auch in den schweren Jahren der Illegalität nie den Mut verloren hat, nicht einmal 1942, als er in Berlin zum

Tode verurteilt, aber später zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigt wurde. Im Jahre 1893 in Thalgau geboren, stieß der Verstorbene schon 1907 zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, war Gründungsmitglied der Freidenker und der „Flamme“, Kassier der freien Gewerkschaft in der Papierfabrik Kellner-Partington, als Freiheitskämpfer 1942 bis 1945 inhaftiert, aber 1945 sofort wieder dabei, als es die Sozialistische Partei im Tennengau und in Hallein aufzubauen galt.

So war er im Jahre 1945 Gründungsmitglied und bis 1946 Obmann der Bezirksorganisation und wie von 1927 bis 1928 zog er wieder als Gemeindevertreter auf dem Schöndorferplatz ein. Er leistete wertvolle Organisationsarbeit als Obmann der Kinderfreunde und des Freien Wirtschaftsverbandes und hatte als Sänger auch noch Zeit, dem Arbeiter-Gesangsverein „Frohsinn“ vorzustehen. Die Victor-Adler-Plakette war Ausdruck des Dankes der Partei, als sich der ehemalige Lotto- und Totokollekteur vom Bayrhamerplatz in den Ruhestand zurückzog.

Und als am Freitag, dem 25. Februar 1977, die Kampfgefährten und Parteifreunde den unermüdlichen Kämpfer für eine bessere Welt auf dem Friedhof in Hallein verabschiedeten, da neigten sie sich ehrfürchtig vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus und gelobten: Genosse Albert Mitsche — Du wirst niemals vergessen sein!



Nazi-Ideologie als „Staatsbürgerliche Aufklärung“? (Fortsetzung und Schluß)

wieder oder noch immer von einem „Großdeutschland“ träumen und von der „Befreiung“ der „Brüder und Schwestern“ im Osten reden? Wenn solche Leute wie der ehemalige Naziobster Rudel an Traditionstreffen der Bundeswehr teilnehmen und dort nazistische Reden halten?

Die ehemaligen Widerstandskämpfer haben 1945 erklärt, der antifaschistische Kampf ist nicht zu Ende, solange noch die Gefahr besteht, daß jene Kräfte sich wieder regen, die unser Volk zweimal in einen Weltkrieg gestürzt haben. Die nationalistisch-faschistische Vergiftung der deutschen Jugend führte letzten Endes mit zum Faschismus und zu Hitler. Sorgen wir dafür, daß nicht noch einmal die Menschheit in die Vernichtung des Revanchismus, die Ideologie des Krieges gerät und verhindern wir die Verbreitung nazistischen und neonazistischen Gedankengutes.

Der 15. Juli 1927 — steril seziert

Im Kapellensaal des allgemeinen Verwaltungsarchivs in Wien fand am 15. Juni 1977 eine Tagung der wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 statt, die die Ereignisse des 15. Juli 1927 behandelte. Unter den Teilnehmern befanden sich Dr. Hertha Firnberg, Dr. Alfred Maleta und Dr. Fritz Bock. Aus dem Ausland waren unter anderen Dr. Hans Mommsen (Bochum) und Dr. Felix Kreissler (Rouen) gekommen.

In einer Reihe von Referaten wurden nicht nur die unmittelbaren Ereignisse des 15. Juli 1927 im Detail behandelt, sondern auch versucht, alle Begleitumstände zu rekonstruieren. Außerdem wurden auch Vorgeschichte und Folgen dieses blutigen 15. Juli 1927 in der Geschichte der Ersten Republik eingehend beleuchtet.

Eines dieser Referate beschäftigte sich in einer quantifizierenden Analyse auch mit den sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen der Massenbewegung des 15. Juli. Ein weiteres Referat zeigte die Mängel und Schwierigkeiten auf, die sich aus der Institution der Geschworenengerichte nicht nur im Hinblick auf politische Prozesse ergaben und die zu dem krassen Fehlurteil im Schattendorfer Prozeß beitrugen.



Verbesserung der Begünstigungsvorschriften

Personen, die in der Zeit vom 4. März 1933 bis 9. Mai 1945 aus politischen Gründen — außer wegen nationalsozialistischer Betätigung — oder aus religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung ausgewandert sind, werden seit langem pensionsversicherungsrechtlich begünstigt.

Diese Begünstigung sieht unter anderem vor, daß für Zeiträume der Emigration längstens bis 31. März 1959 Beitragszeiten erworben werden können. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, daß der 9. Mai 1945, das ist der späteste Termin, bis zu dem eine Auswanderung erfolgt sein mußte, nicht ausreicht und vor allem jene Personen benachteiligt werden, die nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern nach Österreich zurückgekehrt sind, um sich hier bis zu ihrer endgültigen Auswanderung aufzuhalten.

Um diese Härte zu beseitigen, wird daher der Erwerb von Beitragszeiten in der Pensionsversicherung auch dann ermöglicht, wenn eine Auswanderung aus Österreich aus Gründen, auf die der Betreffende keinen Einfluß hatte, erst nach dem 9. Mai 1945 möglich war, die Auswanderung aber nicht später als am 31. Dezember 1949 erfolgt ist.

Bei Personen, für die erst auf Grund dieser Verbesserung der Begünstigungsvorschriften ein Leistungsanspruch aus der Pensionsversicherung entsteht, beginnt die Pension am 1. Jänner 1977, wenn der Antrag bis 31. Dezember 1977 gestellt wird, sonst mit der Antragstellung.

Eine Erhöhung einer bereits zuerkannten Pension unter Berücksichtigung der verbesserten Begünstigungsvorschriften gebührt ebenfalls ab 1. Jänner 1977, wenn der Antrag bis 31. Dezember 1977 gestellt wird, ansonsten ab dem Monatsersten nach Antragstellung.



Ein Mahnmal steht in Moosbierbaum!

Zum Gedenken an die Opfer der Widerstandsgruppe Moosbierbaum steht ein Mahnmal — in Moosbierbaum. Es war am 27. April 1945, als ich mit dem Arbeitskommando (Oberau) abends ins KZ Mauthausen gebracht wurde, und die Schatten der untergehenden Sonne legten sich schon über das Lager. Auf dem Wege zu meiner Baracke blieb ich plötzlich stehen: Ein Häftlingstrupp wurde von der Lager-SS zum Bunker (Keller des Krematoriums) geführt, der Weg geht dort durch die Gaskammer. Unter den Häftlingen sah ich einige meiner Kameraden aus der Widerstandsgruppe Moosbierbaum: Den 65jährigen Robert Grubauer, Franz Dorfmeister und Heinrich Tomaschko trugen den Kameraden Johann Liegler, der seinen letzten Weg selbst nicht mehr gehen konnte. Unsere Blicke kreuzten sich; mit ängstlich-traurigen Augen sahen sie mich an, und ihr Blick sagte mir: Du kannst noch hoffen, am Leben zu bleiben — wir müssen schon sterben gehen. Bitte vergiß uns nie. Ich schaute zu Boden und schämte mich, daß ich nicht helfen konnte. Trotz meiner großen Müdigkeit konnte ich in meinem Verschlag keinen Schlaf in dieser Nacht finden, immer und immer sah ich die flehenden Augen meiner Genossen auf mich gerichtet. Die Flamme des Krematoriums leuchtete meterhoch in die Nacht...

Am 5. Mai, nur acht Tage später, erreichte eine amerikanische Vorausabteilung das KZ Mauthausen: Acht Tage zu spät!

Ein Mahnmal auf dem Gelände der Donau-Chemie A.G. erinnert an die Opfer im Kampf um ein freies, demokratisches Österreich. Es wird von der Gemeinde Zwentendorf an der Donau betreut, wofür vor allem Bürgermeister Heinrich Rabl zu danken ist. Aber um das Fabriksgelände der Donau-Chemie A.G., auf dem das Mahnmal steht, ist es inzwischen still geworden; es wird dort nicht mehr gearbeitet. Fabriksruinen stehen rings herum, auf der ehemaligen Werksstraße sprießt das Gras hervor, verwilderte Bäume stehen rings um das Mahnmal und überall herrscht eine Stille, die unheimlich ist...

Obwohl es schon 32 Jahre sind, leben noch viele aus dieser Zeit des Grauens. Ja — auch in Moosbierbaum steht ein Mahnmal!

Freundschaft!
F. St. (Wien XIV)

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Das Totenbuch von Neuengamme. In Hamburg ist vor einiger Zeit das Totenbuch von Neuengamme herausgegeben worden. In mühevoller und viele Jahre dauernder Arbeit hat Kamerad Franz Glienke — selbst ein KZ-Häftling — die in diesem bei Hamburg gelegenen Konzentrationslager umgekommenen KZ-Häftlinge verzeichnet. Ihre Namen füllen 574 Druckseiten!

Aus dem Wiener Landesverband

Landeshauptversammlung. Am 29. April 1977 fand im Kongreßhaus Wien die Landeshauptversammlung statt. Der Obmann, Genosse Robert Blau, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer. Er stellte fest, daß von den 154 eingeladenen Delegierten 127 erschienen waren und somit die Beschlußfähigkeit der Konferenz gegeben ist.

Die vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Bestellung eines Wahlkomitees
2. Berichte
 - a) des Obmannes
 - b) des Kassiers
 - c) der Kontrolle
3. Neuwahlen
4. Allfälliges

wurde einstimmig angenommen.

Dann erhoben sich die Anwesenden zur Totenehrung, und der Vorsitzende wies darauf hin, daß im Berichtszeitraum 256 Genossinnen und Genossen verstorben sind. Wir trauern um jeden einzelnen Mitkämpfer, der unseren Kreis verlassen hat, und es wäre notwendig, jeden einzelnen gebührend zu würdigen und seine Verdienste um die Arbeiterbewegung, seine Kampf- und Opferbereitschaft hervorzuheben. Aber da das nicht möglich ist, nannte er stellvertretend für alle Bezirksgruppen Vertreter.

So trauern wir um die Genossinnen und Genossen Karl Ausch, Menahem Bargil, Karl Blei, Karl Faifrzyk, Josef Fidora, August Fürst, Karl Gruber, Josef Haas, Johann Holzer, Theresia Holoubek Maria Jacobi, Josef Jirawa, Alfred Juhitzer, Hermine Kinder, Stefanie Koci, Heinrich Köbel, Franz Nowak, Franziska Nowak, Anna Noziska, Karl Panek, Juliane Pokoy, Anna Prepechal, Wilhelm Sammt, Leo Sanders, Doktor Paul Schick, Alois Strobl, Dr. Emil Tuchmann, Stefanie Weinzettel, Richard Werner und Ernst Winkler

Wir werden allen Genossinnen und Genossen immer ein ehrendes Gedenken bewahren und in ihrem Sinne weiterarbeiten.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurden unter Berücksichtigung jener Bezirksgruppen, die bei den letzten Konferenzen keinen Vertreter in das Wahlkomitee entsendet haben, folgende Genossinnen und Genossen in das Wahlkomitee vorgeschlagen: Stanislaus Kriss (2. Bezirk), Stefanie Bauer (10. Bezirk), Anton Matourek (15. Bezirk), Rudolf Kromer (17. Bezirk) und Fritz Lehner (19. Bezirk).

Der Vorsitzende übergab dann der Obmannstellvertreterin, Genossin Frieda Nödl, den Vorsitz. Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach dann Genosse Robert Blau. Er berichtete über die Mitgliederbewegung und verwies unter anderem darauf, daß fast die Hälfte der Mitglieder bereits unterstützende Mitglieder sind. Während eine Bezirksgruppe nur ein unterstützendes Mitglied hat, einige 20 Prozent und andere 50 Prozent, hat eine Gruppe bereits dreimal so viele unterstützende als ordentliche Mitglieder.

Von den 23 Bezirksgruppen haben 11 einen Mitgliederzuwachs, der bei einer Gruppe 101 Mitglieder beträgt, 10 Gruppen haben einen Mitgliederabgang, der bis zu 25 Mitgliedern geht und 2 Gruppen haben einen unveränderten Mitgliederstand. Jeder von uns weiß, daß unsere Aktivität, das Beitragsinkasso und die Mitgliederbetreuung vom Idealismus und der Opferbereitschaft unserer Funktionäre abhängt. Wenn irgendwo ein wichtiger Funktionär ausfällt, so können wir ihn kaum ersetzen. Dort, wo uns das nicht gelungen ist, zeige die Mitgliederbewegung eine rückläufige Tendenz.

Gerade die laufende Aktion für die Beratung und Betreuung der Antragsteller nach dem Hilfsfondsgesetz zeige, wie wichtig eine gute Betreuung ist. Viele Geschädigte, die der SPÖ angehören, aber noch nicht Mitglieder unseres Bundes sind, kommen zu uns, und wir konnten feststellen, daß manche von ihnen noch nicht alle Rechte in Anspruch genommen haben, die ihnen nach dem Opferfürsorgegesetz zustehen. Allen jenen Genossinnen und Genossen, die zu uns um Rat und Hilfe kommen und die bei uns noch nicht Mitglieder sind, müssen wir klarmachen, daß auch sie die Verpflichtung haben, uns im Kampf gegen faschistische oder neofaschistische Tendenzen zu unterstützen.

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

1. Oktober bis 15. Dezember:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich. An jedem Montag bleiben die Gedenkstätte und das Museum Mauthausen geschlossen.

Wir dürfen auch nicht darauf vergessen, daß infolge von Novellen zum Opferfürsorgegesetz für manche Mitglieder eine Antragstellung möglich ist. Bei der letzten Bundeshauptversammlung haben wir beschlossen, alle Opferfürsorge-Referenten unseres Bundes in einer Arbeitstagung über die Möglichkeiten des Opferfürsorgegesetzes eingehend zu informieren. Das ist geschehen. Wir haben anlässlich des Hilfsfondsgesetzes mehrere Schulungen durchgeführt und einen intensiven Beratungsdienst eingerichtet. Bei dieser Aktion zeigten sich aber doch einige Schwachstellen, die wir beseitigen müssen. Durch die regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen der Vertreter der Bezirksgruppen mit dem Bundesvorstand in Form von Obmännerkonferenzen ist diese intensive Zusammenarbeit und rasche Information gewährleistet.

Eine Reihe von Bezirksgruppen hat in der Berichtszeit — neben den Feiern „30 Jahre Befreiung“, „20 Jahre Staatsvertrag“ und „5 Jahre sozialistische Bundesregierung“ — durch Ausstellungen, Vorträge, Feiern und Exkursionen erfolgreiche Aktivitäten entwickelt. Der Bund hat mehrere Dokumentationen herausgegeben und unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ wird allseits anerkannt und gewürdigt.

Mit großer Sorge konstatieren wir das immer stärkere Hervortreten von neofaschistischen Gruppen und Organisationen, das immer stärkere Eindringen von faschistischen Tendenzen in die Sendungen des ORF. In den Massenmedien wird der Literatur — insoweit die Machwerke von Altnazis und deren Witwen überhaupt als „Literatur“ qualifiziert werden können — viel zu breite Publizität und Förderung gegeben. Wir können nicht zur Kenntnis nehmen, wenn man uns sagt, daß es keine gesetzlichen Handhaben gäbe gegen die „Aktion Neue Rechte“ oder die NDP-Gruppen vorzugehen, die auf dem Boden der Hochschulen Demokraten bedrohen und verprügeln. Mögen uns andere als überempfindlich bezeichnen; wir sind lieber überempfindlich und wachsam, als uns durch die Vorspiegelung einer falschen Sicherheit einschläfern und letzten Endes überrumpeln zu lassen.

Namens des Landesvorstandes danke ich allen Funktionären der Bezirksgruppen für ihre opferbereite und verdienstvolle Arbeit. Wir danken alle gemeinsam dem Bundesvorstand und vor allem unserer Vorsitzenden, Genossin Rosa Jochmann, dem geschäftsführenden Obmann, Genossin Rudolfe Muhr, dem Genossen Alfred Billmaier, den Genossinnen Straka und Teynor sowie allen Helferinnen und Helfern für die wertvolle Unterstützung unserer Arbeit. Ich danke den Mitgliedern des Landesvorstandes, vor allem dem Kassier, Genossen Alois Waschek, für ihre selbstlose Arbeit. Wir alle zusammen wollen unserem Versprechen treu bleiben und niemals vergessen!

Die Vorsitzende dankte dem Obmann für seinen Bericht und schlug vor, die Debatte über alle Berichte gemeinsam abzuführen; der Vorschlag wird angenommen. Dann erstattete der Kassier, Genosse Alois Waschek, den Kassabericht. Er hob hervor, daß infolge der gemeinsamen Kassenführung mit dem Bundesvorstand wohl ziffernmäßig über den Beitragsmarkenverkauf zu berichten ist, daß aber alle Anteile an den Bund abgeführt werden.

Dann berichtete Genosse Johann Haas, daß die mehrmaligen Kontrollen alles in bester Ordnung befunden haben; er stellte den Antrag, dem Vorstand und vor allem dem Kassier die Entlastung zu geben.

Genossin Frieda Nödl dankte für die Berichte. In der anschließenden Debatte, an der sich die Genossen Cäsar (Meidling), Dr. Leberl (Döbling), Lhotzky (Jugendkontaktkomitee), Musik (Brigittenau), Bernstein (Bundesvorstand), Skritek (Leopoldstadt), Marksz (Wieden), Sofka (Leopoldstadt), Dr. Seda (Jugendkontaktkomitee), Kromer (Hernals) und Schulz (Favoriten) beteiligten, wurden Aktionen gegen die Erscheinung neofaschistischer Zeitungen und Bücher, das Auftreten von faschistischen Organisationen und Gruppen, für eine gute, verkürzte Version des Films über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, die Probleme der Atomenergie aufgezeigt und Vorschläge gemacht. Dann wurde der Antrag der Kontrolle einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung brachte Genosse Rudolf Kromer für das Wahlkomitee den Wahlvorschlag. Da alle Mitglieder des bisherigen Landesvorstandes bereit und in der Lage sind, ihre Funktion weiter auszuüben, wurde der bisherige Vorstand zur Wiederwahl vorgeschlagen.

Die Wahl bestätigte daher einstimmig folgenden Landesvorstand:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Robert Blau |
| 2. Obmann: | Genossin Frieda Nödl |
| 3. Obmann: | Genosse Karl Milota |
| 1. Kassier: | Genosse Alois Waschek |
| 2. Kassier: | Genosse Rudolf Fiedler |
| 1. Schriftführer: | Genosse Eduard Schlesinger |
| 2. Schriftführer: | Genossin Olga Seidenweg |
| Beisitzer: | Die Genossen Alfred Billmaier, Paul Bernstein, Otto Skritek, Eduard Willem und Herbert Exenberger |
| Kontrolle: | Genossin Barbara Werner sowie die Genossen Johann Haas und Fritz Eibicht |

Über Antrag des Antifaschistischen Jugendkontaktkomitees wurde Genossin Gerlinde Berghammer in den Landesvorstand kooptiert.

Der Obmann dankt namens aller Gewählten für das Vertrauen und erklärte, daß sich der Landesvorstand gemeinsam mit dem Bundesvorstand und den Bezirksgruppen auch in den nächsten zwei Jahren bemühen wird, alle Aufgaben zu erfüllen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung meldete sich niemand zu Wort. Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Wiener Landeshauptversammlung 1977 geschlossen.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Hubert Hladej f. Wieder hat der Tod einen lieben Freund aus unseren Reihen gerissen — unseren Genossen Hubert Hladej. Er ist am Pfingstamstag einer Herzattacke erlegen. Der Tod des Genossen Hladej bedeutet einen schweren Verlust für die sozialistischen Freiheitskämpfer, denen er seit der Gründung unseres Bundes als Mitglied angehört hat. Unser Hubert kam aus der sozialistischen Jugendbewegung. Schon in früher Jugend hatte er sich der sozialistischen Bewegung angeschlossen, war bei den Roten Falken, der SAJ und blieb der sozialistischen Idee auch während der Jahre des Faschismus treu. Nach dem Februar 1934 nahm er regen Anteil an der illegalen Arbeit bei den revolutionären Sozialisten, wurde aber bald verhaftet und im Anhaltelager Wöllersdorf interniert.

Im Jahre 1945 stellte sich Genosse Hubert Hladej gleich wieder der Partei zur Verfügung. Er war zunächst mit Bildungsaufgaben im Zentralsekretariat betraut und organisierte zuerst das Karl-Marx-Institut in der Löwelstraße. Dann wurde er Ende 1949 zum Bezirksvorsteher unseres Bezirkes bestellt, eine Funktion, die er bis zum 17. Jänner 1977 ausübte. Er war damit der am längsten dienende Bezirksvorsteher in Wien.

Während dieser langen Tätigkeit hat Genosse Hladej sehr viel für den Wiederaufbau des Bezirkes geleistet, der durch die Kriegereignisse sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Dabei sei nur auf einen einzigen Erfolg Hladejs hingewiesen, der auch weit über die Grenzen unseres Bezirkes hinaus für die ganze Stadtgemeinde Bedeutung hat: Die Sicherung der Hauptallee für die Fußgänger!

Als am 6. Juni 1977 unser Genosse Hubert Hladej auf dem Wiener Zentralfriedhof beerdigt wurde, da gaben ihm viele hundert Leopoldstädter das letzte Geleit, darunter auch die Vertreter des Bundesvorstandes.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer werden diesen aufrechten Kämpfer dauernd in ehrender Erinnerung halten.



Landstraße

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe hielt ihre Jahresversammlung am Mittwoch, dem 6. April 1977, im Volkshaus Landstraße ab. Genossin Frieda Nödl eröffnete die Versammlung und begrüßte alle Anwesenden mit herzlichen Worten. Sie überbrachte auch die Grüße unseres Obmannes, des Genossen Franz Adelpoller, dem es seine Erkrankung unmöglich machte, an der Versammlung teilzunehmen. Für den Bezirksvorstand der SPÖ begrüßte Genossin Grete Tischler die Versammlung.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhoben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen, um jener Genossinnen und Genossen zu gedenken, die im Berichtszeitraum von uns gegangen sind: Der Genossinnen Leopoldine Altmar, Karla Bloch, Maria Jakobi, Franziska Nowak, Anna Noziska, Magdalena Olsovsky, Marie Streubel und Josefine Taus sowie der Genossen Heinrich Cerny, Otto Dornheimer, Georg Haider, Johann Kunschik, Karl Lintner, Franz Nowak, Karl Pfaller, Rudolf Rack, Franz Stammer, Leopold Swoboda, Rudolf Thiel und Franz Weninger. Wir werden ihnen allen ein treues Gedenken bewahren!

Die Vorsitzende begrüßte dann noch unseren Referenten, den Genossen Otto Skritek, und erteilte dem geschäftsführenden Obmann, unserer Genossin Barbara Werner, das Wort zu ihrem Bericht. In der Zeit vom 1. Jänner 1975 bis zum 31. Dezember 1976 hatten wir 21 Todesfälle zu beklagen; aber wir konnten auch erfreuliche Anlässe würdig begehen. Zu ihrem 80. Geburtstag konnten wir 8 Genossen beglückwünschen, 3 Genossinnen begingen ihren 75. Geburtstag und 3 Mitglieder konnten ihre Goldene Hochzeit feiern. Genossin Werner berichtete dann ausführlich über unsere Kundgebungen und Veranstaltungen sowie über die Gedenktage im Jahre 1977: Den 50. Jahrestag des 15. Juli 1927 und den 30. Jahrestag der Gründung unseres Bundes, wobei sie darauf hinwies, daß unser Genosse Josef Hindels eine Broschüre zum 15. Juli verfassen wird, für deren Verbreitung wir alle unser Bestes tun müssen. Genossin Werner brachte auch anschließend den Kassabericht und berichtete über den Mitgliederstand.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Franz Blaha, Herbert Exenberger, Ruth Lichtenberg, Leo Lesjak, Rudolf Marchfeld, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Anschließend berichtete Genosse Heinz im Auftrag der Kontrolle. Kassabelege und Kassabuch wurden kontrolliert und in bester Ordnung befunden. Er stellte den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des Ausschusses; der Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Der Obmann des Wahlkomitees Genosse Otto Sieber erteilte dann den Wahlvorschlag:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Franz Adelpoller |
| 2. Obmann: | Genossin Barbara Werner (geschäftsführend) |
| 3. Obmann: | Genossin Frieda Nödl |
| 1. Kassier: | Genossin Barbara Werner |
| 2. Kassier: | Genosse Alois Bergmann |
| 1. Opferreferent: | Genossin Frieda Nödl |
| 2. Opferreferent: | Genossin Barbara Werner |
| Kontrolle: | Die Genossin Rosa Wopenka sowie die Genossen Samuel Glatz und Alfons Pleyer |

Der Wahlvorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Dann erteilte die Vorsitzende dem Genossen Otto Skritek das Wort zu seinem Referat. Er sprach zuerst zur politischen Lage und über die Probleme, denen wir gegenüberstehen. Dabei hob er besonders einige Geschehnisse hervor, wie zum Beispiel das Auftreten der Schirach, Burger und Konsorten im Fernsehen. Und er verwies darauf, daß derartige Entgleisungen nur durch eine verstärkte Aufmerksamkeit jedes Einzelnen verhindert werden können. Immer wieder müssen nach solchen skandalösen propagandistischen Präsentationen Proteste und Interventionen an den ORF geschickt werden; es kommt dabei auf jede Postkarte an, weil die Protestaktionen unseres Bundes dadurch wirkungsvoll unterstützt werden.

Nach dem Referat stellte Genosse Beck den Antrag, die Ausführungen des Referenten nicht durch eine Diskussion zu zerpfücken. So konnte die Vorsitzende dem Referenten nur noch recht herzlich für seine ausgezeichneten Worte danken.

Nachdem noch der Genossin Barbara Werner für ihre 30jährige Tätigkeit als geschäftsführender Obmann — sie erhielt einen Strauß Nelken — und Genossen Heinz, der aus Altersgründen seine Funktion zurückgelegt hatte, für seine Mitarbeit gedankt wurde, schloß Genossin Frieda Nödl um 17.30 Uhr die Jahresversammlung.

Wieden

Jahresversammlung. Am Samstag, dem 19. Februar 1977, fand in unserem Parteihaus, 4. Wiedner Hauptstraße 60 B, die diesjährige Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. Der Obmann, Genosse Franz Marksz, eröffnete um 15 Uhr die Versammlung, begrüßte mit herzlichen Worten die vielen Genossinnen und Genossen, insbesondere den Bezirksobmann der SPÖ, Genossen Josef Windisch, sowie den Genossen Rudolf Trimmel und schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Referat
2. Genosse Paul Bernstein: „Opferfürsorge“
3. Bericht des Obmannes
4. Neuwahlen
5. Allfälliges

Dieser Vorschlag wurde genehmigt; bevor jedoch in die Tagesordnung eingegangen wurde, gedachte der Obmann, unser Genosse Franz Marksz, jener Genossinnen und Genossen, die im Berichtszeitraum von uns gegangen sind: Es sind dies die Genossinnen Rosa Gebauer und Paula Weiner sowie die Genossen Friedrich Hayek, Benno Polatschek, Siegfried Schubert und Karl Simetsberger. Die Versammelten erhoben sich von ihren Plätzen und verharrten in einer Trauerminute in stillem Gedenken.

Anschließend erteilte der Obmann unserem Genossen Rudolf Trimmel das Wort zu seinen Ausführungen. Er hatte das Problem der Achtung der Menschenrechte in Ost und West in den Mittelpunkt seines Referates gestellt und auf die bekannten Schlußakte von Helsinki hingewiesen, die je nach Bedarf und Opportunität recht unterschiedlich „ausgelegt“ zu werden pflegen. Wir Sozialisten müssen hier erst recht unserem altbewährten Grundsatz getreu „aussprechen, was ist“, denn verschämtes Schweigen da oder dort oder mangelnde Zivilcourage hieße sich mitschuldig machen an Willkür und Unterdrückung. — Das gälte aber auch im kleineren Rahmen innerhalb unseres eigenen Landes. Etwa wenn wir an die skandalösen Radioendungen und Fernseh-Interviews denken, die trotz unserer Proteste und in überflüssiger Weise immer wieder Kriegsverbrecher, Neo-Nazis

und Leute wie den Mörder des Schriftstellers Hugo Bettauer ganz provokativ zu Wort kommen lassen.

Und sogar am Vorabend des 12. Februar ließ der ORF den berüchtigten Rechtsextremisten Norbert Burger auftreten, eine zynische Provokation, die sicher schon Wochen vorher „eingepflanzt“, besser gesagt von gewissen Leuten eingeschmuggelt worden sein mußte und bei einigermaßen gutem Willen durch etwas anderes hätte ersetzt werden können. Aber wie sollen denn Leute Zeitgeschichte oder Erziehung zur Demokratie betreiben, wenn ihnen selbst jedes leiseste Fingerspitzengefühl für Zeitgeschichte und demokratische Erziehungsaufgaben fehlt! Daß dann auch sozialistische Organisationen am 12. Februar selbst Tanzvergnügen und Bälle veranstalten, ganz so, als ob es nie einen Februar 1934 gegeben hätte, bestätigt erst recht, daß solche Entgleisungen nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Nach einer lebhaften Diskussion, die sich an das Kurzreferat angeschlossen, dankte Genosse Marks zum Referenten und erteilte dem Genossen Paul Bernstein das Wort zu seinen Ausführungen über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiete der Opferfürsorge. Vor allem konnte unser „Hofrat“ viele Anfragen erschöpfend beantworten und Hinweise geben, die für jeden einzelnen von ganz besonderer Wichtigkeit waren. Insbesondere galt das auch für die Fragebogen beziehungsweise Anträge an den Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte (Hilfsfonds).

Dann folgte der ausführliche Bericht des Obmannes über die Tätigkeit der Bezirksgruppe und unseres Bundes, den die Versammlung ohne Debatte ebenso zur Kenntnis nahm wie den gleichzeitig erstatteten Kassenbericht. Die Kontrolle stellte nach einem ausführlichen Bericht den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Den Bericht des Wahlkomitees erstattete Genosse Leopold Jappel. Er machte den folgenden Wahlvorschlag:

1. Obmann:	Genosse Franz Marks
2. Obmann:	Genossin Steffi Fahn
3. Obmann:	Genosse Paul Bernstein
Kassier:	Genosse Franz Marks
Schriftführer:	Genossin Steffi Fahn
Kataster:	Genosse Manfred Marks
Kontrolle:	Genossin Hilde Hickel und Genosse Alexander Stern
Delegierte zum Bezirksausschuß der SPÖ:	Genossin Steffi Fahn
Delegierte zur Bezirkskonferenz der SPÖ:	Die Genossen Franz Marks und Manfred Marks

Die vorgeschlagenen Genossinnen und Genossen wurden einstimmig gewählt und Genosse Franz Marks dankte im Namen aller Mitglieder des Ausschusses für das entgegengebrachte Vertrauen. Er versprach, so wie bisher nach besten Kräften für unsere schöne Aufgabe zu arbeiten.

Zum letzten Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen mehr, sodaß der Obmann allen Anwesenden für ihr Kommen dankte und die Jahresversammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“ schließen konnte.

*

Rudolf Beacco — ein Achtziger. Am 27. Juli 1977 konnte unser Genosse Rudolf Beacco seinen 80. Geburtstag feiern, und die Genossinnen und Genossen unserer Bezirksgruppe beglückwünschten ihn dazu auf das herzlichste!

Als nach dem Jahre 1934 die Partei und ihre Organisation verboten und die Freien Gewerkschaften aufgelöst wurden, da war es für unseren Genossen Rudolf Beacco selbstverständlich, sich der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten anzuschließen. Auch der Terror des Hitler-Faschismus konnte seine aufrechte Gesinnung nicht brechen. Aber mit vielleicht noch größerer Energie und einem Enthusiasmus sondergleichen begann er nach dem Ende der braunen Schreckensherrschaft im Jahre 1945 seine politische Arbeit fortzusetzen.

Er wurde Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ, Bezirksrat, Sektionsleiter, Bezirksobmann des Rentnerverbandes und übte noch manche andere Funktion im Geiste eines aufrechten Sozialisten erfolgreich aus. Immer stellte er seine ganze Persönlichkeit in den Dienst der Aufgaben, die ihm die Partei anvertraut hatte. Die Verleihung der Victor-Adler-Plakette im Jahre 1963 war das sichtbare Zeichen, mit dem seine unermüdete Parteiarbeit gewürdigt wurde. Das Land Wien hatte ihm das Goldene Verdienstzeichen verliehen, und unser Bundesvorstand hatte den Jubilar durch die Verleihung des Goldenen Abzeichens geehrt.

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Salztorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr
Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Sonntag: 9 bis 12 Uhr

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wünschen unserem Genossen Rudolf Beacco noch viele Lebensjahre bei bester Gesundheit, und sie hoffen, noch lange mit ihm gemeinsam für Freiheit, Demokratie und unsere sozialistischen Ziele wirken zu können. Nochmals alles Beste für das eben beginnende 9. Dezennium!

Margareten

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Margareten hat am Samstag, dem 14. Mai 1977, um 15 Uhr ihre Jahresversammlung abgehalten. Da unser Obmann, Genosse Franz Heigelmayr, in Spitalbehandlung war und daher an der Versammlung nicht teilnehmen konnte, eröffnete der geschäftsführende Obmann, Genosse Karl Wolf, die Versammlung. Er begrüßte nicht nur die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder der Bezirksgruppe, sondern vor allem auch die Vertreter des Bezirksvorstandes der SPÖ Margareten, unsere Genossen Viktor Sailer und Heinz Ullmann, sowie unsere Genossin Maria Hilbert, die am 23. April 1977 ihren 90. Geburtstag gefeiert hatte.

Als Vertreter des Pensionistenverbandes wurde Genossin Auguste Sailer und für den ARBO Margareten der Obmann Genosse Erich Steiner begrüßt.

Nach den Worten der Begrüßung durch Genossen Karl Wolf überbrachte unser Genosse Steiner die Freundschaftsgrüße unseres Obmannes Genossen Franz Heigelmayr, die er im Spital auf Band gesprochen hatte.

Dann wurde die vorgeschlagene Tagesordnung angenommen, und die Versammelten gedachten der im Berichtszeitraum 1975/1976 verstorbenen Mitglieder. Im Jahre 1975 waren es die Genossen Adalbert Biss und Friedrich Munk. Das Jahr 1976 hat uns die Genossinnen Käthe Haderer und Elisabeth Krummer sowie die Genossen Franz Bilek, Erwin Herzfeld, Jakob Lonek, Franz Popelka und Willy Schwarz entrisen. Auch von einem treuen Freund unserer Bezirksgruppe mußten wir Abschied nehmen — von unserem Genossen Professor Ernst Winkler. Auch im laufenden Jahr 1977 haben wir bereits drei Genossen zu beklagen: Klement Cabana, Johann Hacker und Franz Steindl. — Mit dem Versprechen, die von uns gegangenen Genossinnen und Genossen stets in dankbarem Gedenken zu bewahren, dankte Genosse Wolf für die Trauerkundgebung.

Genosse Karl Wolf gab dann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe und betonte, daß bei allen zentralen Veranstaltungen des Bundes auch die Mitglieder unserer Bezirksgruppe stets zahlreich vertreten waren. Und sie haben sich auch an den Solidaritätsaktionen für Chile, Spanien und Portugal immer beteiligt.

Dann folgte der Kassenbericht, den Genosse Otto Wolf erstattete. Für die Kontrolle berichtete Genosse Robert Gorgosolitsch. Er stellte abschließend den Antrag auf Entlastung; der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nun ließ Genosse Otto Kucera über den von der Genossin Auguste Sailer erstatteten Wahlvorschlag abstimmen. Der Vorschlag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen, so daß die folgenden Genossinnen und Genossen in den Ausschuß gewählt sind:

1. Obmann:	Genosse Franz Heigelmayr
2. Obmann (geschäftsführend):	Genosse Karl Wolf
3. Obmann:	Genosse Otto Kucera
1. Kassier:	Genosse Otto Wolf
2. Kassier:	Genossin Franziska Grubeck
1. Schriftführer:	Genossin Grete Schranz
2. Schriftführer:	Genosse Karl Schranz
Opferfürsorgereferent:	Genosse Otto Kucera
Kontrolle:	Die Genossinnen Auguste Sailer und Marie Smetana sowie Genosse Robert Gorgosolitsch

Nachdem die Wahl des Ausschusses durchgeführt war, zeigte unser Genosse Robert Weissensteiner den von ihm aufgenommenen Farbfilm von der Gedenkfahrt unseres Bundes zu den Konzentrationslagern in der BRD und in der DDR, der von den Anwesenden mit größtem Interesse und viel Beifall aufgenommen wurde. Auch der Vorsitzende dankte dem Genossen Weissensteiner mit herzlichen Worten für diese Vorführung, die so viele Erinnerungen wieder ganz lebendig werden ließ.

Dann wurde die Jahresversammlung mit besten Genesungswünschen an alle Mitglieder, die wegen einer Erkrankung nicht hatten an ihr teilnehmen können, und einem „Freundschaft!“ mit unserem Gruß „Niemals vergessen!“ geschlossen.

*

Siegfried Rosenberg †. Wir alle, und mit uns die Sozialistische Partei, betrauern das Ableben unseres langjährigen Mitglieds Friedl Rosenberg. Er ist nach einem langen und mit viel Geduld ertragenem Leiden am 18. Juni 1977 im Alter von 67 Jahren von uns gegangen. Es war ein Leben voll Kampf, Entbehrung und schwerer Gefahren. Schon im Alter von 14 Jahren war er der SAJ beigetreten und hatte eifrig mitgearbeitet. Und so besaß er schon viel Erfahrung in der Organisation, als er im Jahre 1927 der Partei beitrug. Im Jahre 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet, aber trotz schwerer Mißhandlungen gelang ihm später die Flucht, und er konnte den braunen Schergen entkommen.

Als er nach dem Jahre 1945 wieder nach Österreich zurückkehrte, wurde er Mitglied unseres Bundes und arbeitete bis zu seiner Erkrankung als Funktionär mit. Jetzt haben wir durch seinen Tod einen treuen Kämpfer für Freiheit und Demokratie verloren, der uns stets unvergessen bleiben wird. Die feierliche Verabschiedung unseres Genossen Siegfried Rosenberg fand am Montag, dem 27. Juni 1977, mittags im Krematorium Wien-Simmering statt.

Simmering

Gedenken an den 15. Juli 1927. Zum Gedenken an die Opfer des 15. Juli 1927 veranstaltete die Bezirksorganisation gemeinsam mit der Bezirksgruppe Simmering unseres Bundes am 25. Juli 1977 eine Kundgebung im „Haus der Begegnung“. Die Gedenkrede hielt Genosse Felix Slavik. Er schilderte zuerst die innenpolitische Situation, die damals in Österreich herrschte und sagte unter anderem:

„In Wien und ebenso in vielen österreichischen Städten wurde von den Sozialdemokraten ein großes Wohnbauprogramm verwirklicht, um dessen Weiterführung die Arbeiterschaft besorgt war.“

Auf der einen Seite der Aufbau, den die Sozialdemokraten in den Städten durchführten, auf der anderen Seite die systematischen Versuche zur Entrechtung eben dieser Arbeiterschaft. Das mußte zu großen Spannungen führen: Die Sozialdemokraten bekannten sich vorbehaltlos zu demokratischen Republik, wohingegen sich das Bürgertum nie uneingeschränkt zu dieser demokratischen Republik bekennen wollte.

Der Haß, der aus diesen Gegensätzen entstand, wurde noch durch das Urteil geschürt, das in den Abendstunden des 14. Juli 1927 über die Schattendorfer Mörder gefällt wurde. Am 15. Juli wurde in den Morgenstunden in vielen Betrieben der Streik ausgerufen und die Arbeiter marschierten über die Ringstraße, um gegen dieses Urteil zu demonstrieren. Als dann im Justizpalast Brand gelegt worden war, versuchte die Wiener Feuerwehr zum Brandherd vorzudringen, wurde aber durch die Demonstranten behindert. Da stellte sich der Wiener Bürgermeister, Genosse Karl Seitz, auf den ersten Löschwagen und versuchte mit Hilfe des Republikanischen Schutzbundes, der Feuerwehr Platz zu schaffen. Aber gerade in dem gleichen Moment, in dem dieser Versuch zum Erfolg hätte führen können, schoß die Polizei in die Menge.

In den Arbeiterheimen waren behelfsmäßige Verbandsplätze eingerichtet worden und ununterbrochen wurden Verletzte und Tote gebracht: 97 Menschen mußten an diesem Tag ihr Leben lassen, und in den folgenden Tagen erhöhte sich die Zahl der Opfer auf 105. So wurde der 15. Juli 1927 nicht nur eine Tragödie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern ein Unglückstag für die Republik.

Gerade die traurigen Ereignisse des 15. Juli 1927 waren dazu angetan gewesen, wenigstens jetzt einen neuen Weg zu suchen, der eine Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte in Österreich ermöglicht hätte. Aber der damalige Bundeskanzler Prälat Doktor Ignaz Seipel fand keine Worte der Versöhnung, erklärte vielmehr dezidiert, daß man von ihm keine Milde erwarten könne.

Damit waren die Ereignisse des 15. Juli 1927 nicht Anlaß zu einem neuen Beginn, sondern nur Auftakt zu neuem Haß und zu noch größerer Verbitterung.

Die Entwicklung, die am 15. Juli 1927 von den bürgerlichen Parteien eingeleitet wurde, fand ihre Fortsetzung mit der Ausschaltung des Parlaments im Jahre 1933, mit dem tragischen Bürgerkrieg im Februar des Jahres 1934, und endete schließlich mit dem Einmarsch der deutschen Truppen im Jahre 1938. Österreich war von der Landkarte verschwunden.“

Genosse Slavik gab dann noch einen kurzen Überblick über die Schreckenszeit des braunen Faschismus und erinnerte daran, daß es noch bis zum Jahre 1955 dauern sollte bis Österreich wirklich wieder frei war. Er schloß seine Ausführungen mit einem Gelöbnis:

„Wenn wir der Opfer des 15. Juli 1927 gerecht werden wollen, dann genügt es nicht, allein durch ein Gedenken sich ihrer zu erinnern, sondern wir müssen daraus lernen, daß gerade wir Sozialisten alles versuchen müssen, um eine Entzweiung unseres Volkes zu verhindern. Wir haben dazu eine starke Sozialistische Partei, wir haben einen großen Gewerkschaftsbund, der wesentlich von Sozialisten beeinflusst wird, und wir haben schließlich jetzt die Mehrheit im Parlament, in drei Landtagen und in vielen Gemeinderäten. Wir haben eine sozialistische Regierung, und wir müssen so wie bisher gemeinsam hinter dieser Regierung stehen, um alle Versuche eines Rückfalls in eine bürgerliche Politik zu verhindern. Wir dürfen aber auch unser Ziel nie aus dem Auge verlieren und wollen zielstrebig für unsere großen sozialistischen Ideale arbeiten, damit sich so tragische Ereignisse wie an jenem unseligen 15. Juli 1927 nie mehr wiederholen können. Und wir werden der Opfer des 15. Juli 1927 am besten gerecht, wenn auch wir weiter für eine bessere, schönere Zukunft arbeiten — für ein freies, gerechtes und schönes Österreich!“

Die Kundgebung im „Haus der Begegnung“ in Simmering fand unter großer Beteiligung, vor allem auch vieler junger Genossinnen und Genossen aus den Reihen unserer unterstützenden Mitglieder statt und endete mit einem würdigen Abschluß.

Ladislav Zib †. Wieder haben wir einen der alten Genossen unserer Bezirksgruppe verloren. Am 12. Juli 1977 ist unser „Ladi“ im 73. Lebensjahr von uns gegangen. Mit ihm verlieren wir einen aufrechten Kämpfer für Demokratie und Sozialismus. Genosse Ladislav Zib, als „Ladi“ ein Begriff für viele Simmeringer, wurde bereits in dem Märchenbuch über die Hexe Simmering von Ernst A. Ekker, „Die Kirchenfrau geht in die Luft“, als Wirt Gustl in Hasenleiten

ein kleines literarisches Denkmal gesetzt. Am 25. Juni 1905 kam er als Kind der Arbeiterfamilie Antonia und Anton Zib zur Welt. Die Familie — sein Vater war Eisengießermeister —



mußte mit dem kargen Verdienst sehr haushalten, denn es galt, acht Kinder zu ernähren. 1918 starb seine Mutter. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschul-klassen kam er zu einem Tischler in die Lehre. Schon während seiner Lehrzeit kam er zur sozialdemokratischen Bewegung. Denn aktive Mitarbeit in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gehörte einfach zum Leben der Familie Zib, war ein fester Bestandteil des Daseins dieser Arbeiterfamilie. Und sein ältester Bruder Thomas etwa war Ausschußmitglied des tschechischen Bildungsvereines „Tyl“, um nur ein Beispiel zu nennen. Von 1923 bis 1929 sehen wir Genossen Zib im Bundesheer, wo er selbstverständlich

Mitglied des Militärverbandes war, der sozialdemokratischen Organisation im damaligen Heer.

Als Zugskommandant der 1. Kompanie des Alarmbataillons „Laurenz Widholz“ des Republikanischen Schutzbundes war er bei der Verteidigung des Arbeiterheimes gegen den Angriff der Nazifaschisten am 16. Oktober 1932 dabei. Sofort von der Polizei verhaftet wurde Genosse Ladislav Zib erst nach der Einstellung seines Verfahrens im November 1932 enthaftet!

In Hasenleiten, wo Ladislav Zib mit seiner Familie in einer Baracke wohnte, war die Not, die damals herrschte, besonders stark zu spüren. Mehr als 3500 Menschen wohnten damals in diesen Elendsquartieren. Von 722 Familienvätern hatten nur 52 Arbeit oder waren kleine Pensionisten; 670 waren arbeitslos und größtenteils ohne Unterstützung. Auch Ladislav Zib war eineinhalb Jahre ohne Arbeit.

Als es galt, die Demokratie im Februar 1934 zu verteidigen, war er in der ersten Reihe der kämpfenden Proletarier in unserem Bezirk zu finden. Er hat uns darüber Aufzeichnungen hinterlassen, aus denen wir nun einige Sätze wiedergeben wollen: „Bei dem Alarm am 12. Febr. 1934, besetzte die 1. Alarmkompanie den Abschnitt — entlang des Bahndammes Aspangbahn — von der Grillgasse bis zur Geiselbergstraße, nachdem wir vorher die Waffen in den Schrebergärten erhalten hatten. Bis spät in die Nacht hinein warteten wir in dieser Bereitschaftsstellung auf weitere Befehle — doch vergebens. Am nächsten Morgen begannen wir den Kampf. Mein Ausgangspunkt war die Hasenleiten. Da niemand da war, der ein Maschinengewehr bedienen konnte, mußte ich den Richtschützen übernehmen... Leider war keine zentrale Führung vorhanden; der Bezirksführer Genosse Kirchner war schon verhaftet. Dann vereinigte ich mich mit Genossen Schindelka, der das zweite Maschinengewehr bediente. Wir zogen uns Richtung Laaer Berg zurück, da bereits Militär im Anmarsch war und beim ehemaligen Ziegelofen gingen wir in Bereitschaftsstellung. Von der Grillgasse erhielt ich vom Bundesheer heftiges Feuer. Meine eigenen Feuergebarben wurden spärlicher, da mehrere Feuerwaffen sich auf uns konzentrierten.“

Nach dem Kampf zogen wir uns Richtung Zentralfriedhof zurück. Wir übernachteten in Strohschubern bei Schwadorf, nachdem ich vorher das Maschinengewehr im Zentral-



Leningrad, 18. Mai 1934: Besichtigung und Einteilung zur Arbeit im Betrieb „Roter Putilovetz“. In der zweiten Reihe, erster von rechts (stehend), Genosse Ladislav Zib.

friedhof in einem Gebüsch versteckt und den Verschluß mitgenommen hatte. Nach Tagen erst nahmen wir Verbindung auf und überschritten bei Gmünd die Grenze.“

Vom Erholungsheim Chocerady in der Tschechoslowakei, wo die Simmeringer Schutzbündler eine Heimstätte gefunden hatten, fuhr er mit anderen Kampfgefährten in die Sowjetunion, wo er mit seiner Familie in Leningrad lebte. Am 15. April 1936 betrat er wieder österreichischen Boden, wurde aber gleich auf dem Bahnhof von der Polizei verhaftet; erst am 3. Juli 1936 wurde er wieder entlassen. Wer nun glaubte, Genosse Zib würde sich von der politischen Arbeit zurückziehen, der irrte. Aus den vorhandenen Akten des Landesgerichtes erstellte vor unseren Augen das Bild eines aktiven Funktionärs der revolutionären Sozialisten. Gemeinsam mit Johann Szoldatics, Karl Czerny und anderen Genossen organisierte Ladislav Zib den Transport von Druckschriften der revolutionären Sozialisten und war für deren Verbreitung an die Parteistellen und Parteimitglieder verantwortlich. Im Jahre 1937 wurde von der Staatsanwaltschaft Wien Anklage gegen ihn erhoben.

In der Zweiten Republik war Genosse Zib aktiver Funktionär der Hausgemeinschaft Hasenleiten, im Freien Wirtschaftsverband und in erster Linie im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer. Unter seiner Leitung wurde die Bezirksgruppe Simmering zur mitgliederstärksten Gruppe von Österreich. Neben Gedenkfeiern, Gedenkfahrten und anderen Veranstaltungen war es für Genossen Zib eine der wichtigsten Aufgaben, die Jugend über die Zeit des Faschismus aufzuklären.

Auch wenn wir durch den Tod unseres Ladi einen Verlust erlitten haben, der uns alle auf das tiefste bewegt, müssen wir doch weiterarbeiten, um unseren Beitrag für unser großes Ziel zu leisten. Denn so können wir das Vermächtnis dieses unbeugsamen Sozialisten am besten erfüllen und sein Andenken wahren. Wir werden ihn niemals vergessen!

Hietzing

Jahresversammlung. Bei der am 1. März 1977 abgehaltenen Jahresversammlung wurden folgende Genossinnen und Genossen in den Ausschuss gewählt:

1. Obmann:	Genosse Eduard Schlesinger
2. Obmann:	Genosse Franz Pecka
Kassier:	Genossin Rosina Heinzl
Schriftführer:	Genossin Marta Schmid
Kontrolle:	Die Genossen Karl Czech, Peter Brummer und Leopold Hruschka
Opferfürsorgereferent:	Genosse Eduard Schlesinger
Beisitzer:	Genossin Rudolfine Muhr sowie die Genossen Michael Frischauf und Karl Harrer

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Marta Schmid sowie die Genossen Karl Czech und Franz Pecka

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Genossin Marta Schmid sowie die Genossen Peter Brummer, Karl Czech, Karl Harrer, Leopold Hruschka und Franz Pecka

Die Wahl aller Funktionäre erfolgte einstimmig, und Genosse Eduard Schlesinger dankte in ihrem Namen für das entgegengebrachte Vertrauen.

Floridsdorf

Julius Dworacek †. Unser Julius ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er war immer ein aufrichtiger Sozialist, der für seine Überzeugung auch manches Opfer zu bringen bereit war, freilich ohne viel Aufhebens deshalb zu machen, weil es für ihn einfach eine Selbstverständlichkeit bedeutete. Bis zuletzt war Genosse Dworacek auch ein treues Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, und wir grüßen ihn zum letzten Abschied nicht nur mit einem herzlichen „Freundschaft!“, sondern auch mit einem klingenden „Sang frei!“.

Wir werden unseren Julius niemals vergessen!

Hedwig Lehnert †. Die Bezirksgruppe hat auch eine treue Genossin verloren — unsere liebe Hedwig Lehnert. Sie war schon seit ihrer frühesten Jugend in den Reihen der Arbeiterbewegung, und in ihrem entschlossenen Eintreten für Freiheit und Demokratie war sie stets ein Vorbild für alle von uns.

Ihr Kampfgeist und Einsatzwille haben auch manches äußere Zeichen von Anerkennung gefunden. Und von den vielen Auszeichnungen, die unserer Genossin Hedwig Lehnert verliehen worden sind, seien das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, die Ehrenmedaille in Gold für Verdienste um die Bundeshauptstadt Wien, die Victor-Adler-Plakette der Partei und das Goldene Abzeichen unseres Bundes erwähnt.

Wir danken der Genossin Hedwig Lehnert für ihre Treue zu unserer Idee und grüßen mit einem letzten „Freundschaft!“ eine Kampfgefährtin, deren wir immer gedenken werden. „Niemand vergessen!“

Johann Stanzel †. Unser langjähriger Mitarbeiter und immer einsatzbereiter Funktionär, Genosse Johann Stanzel ist von uns gegangen. Er war auch in den schweren Zeiten der beiden faschistischen Diktaturen stets ein aufrechter Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen geblieben, obwohl er viel Leid und viele Entbehrungen auf sich nehmen mußte.

Für diese seine Treue wollen wir ihm noch ein letztes Mal danken und versprechen, in seinem Sinne weiterzuarbeiten. „Niemand vergessen!“

Liesing

Siegfried Rosenberg †. Wir alle, und mit uns die Sozialistische Partei, betrauern das Ableben unseres langjährigen Mitglieds Friedl Rosenberg. Er ist nach einem langen und mit viel Geduld ertragenem Leiden am 18. Juni 1977 im Alter von 67 Jahren von uns gegangen. Es war ein Leben voll Kampf, Entbehrung und schwerer Gefahren.



Schon im Alter von 14 Jahren war er der SAJ beigetreten und hatte eifrig mitgearbeitet. Und so besaß er schon viel Erfahrung in der Organisation, als er im Jahre 1927 der Partei beitrug. Im Jahre 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet, aber trotz schwerer Mißhandlungen gelang ihm später die Flucht, und er konnte den braunen Schergen entkommen.

Als er nach dem Jahre 1945 wieder nach Österreich zurückkehrte, wurde er Mitglied unseres Bundes und arbeitete bis zu seiner Erkrankung als Funktionär mit. Jetzt haben wir durch seinen Tod einen treuen Kämpfer für Freiheit und Demokratie verloren, der uns stets unvergessen

bleiben wird. Die feierliche Verabschiedung unseres Genossen Siegfried Rosenberg fand am Montag, dem 27. Juni 1977, mittags im Krematorium Wien-Simmering statt.

Johann Burger †. Kurz nach seinem 75. Geburtstag, zu dem sich noch viele von uns als Gratulanten eingefunden hatten, starb nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser lieber Genosse Johann Burger.

Er war durch viele Jahre hindurch Funktionär unserer Bezirksgruppe, Mitglied im Bezirksausschuß der SPÖ, Träger der höchsten Auszeichnung der Partei, der Victor-Adler-Plakette und des Goldenen Parteiabzeichens. Er war schon seit seiner frühesten Jugend in der Sozialistischen Partei tätig und mußte dafür im Jahre 1934 in den Kerker. Doch das konnte ihn nicht davon abhalten, illegal bis zum Jahre 1945 für die Befreiung unserer Heimat zu kämpfen, um als einer der Ersten wieder am Aufbau unserer Partei mit dabei zu sein.

An seinem Grabe dankte ihm namens der Partei und des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer Genosse Reinhold Suttner für die Treue und Opferbereitschaft. Die große Anteilnahme und die vielen Blumen waren ein Beweis mehr, wie beliebt und geschätzt Genosse Burger war.

Wir danken ihm alle nochmals und werden ihn „Niemand vergessen!“

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Heinrich Widmayer †. Der langjährige niederösterreichische Nationalratsabgeordnete — er vertrat das Viertel unter dem Manhartsberg — ist in der Nacht auf Dienstag, den 17. Mai 1977, im Alter von 86 Jahren gestorben. Mit ihm ist wieder einer der Pioniere der Arbeiterbewegung aus unseren Reihen getreten.

Genosse Heinrich Widmayer hatte sich, so wie viele junge Menschen seiner Zeit, schon sehr früh der sozialistischen Bewegung angeschlossen und wurde ein stets aktiver und hilfsbereiter Funktionär, der nicht nur im Nationalrat, sondern auch als Landesrat und Bürgermeister von Deutsch-Wagram tätig war. Für seine Überzeugung mußte er in den Jahren des Faschismus, als die dunkelste Nacht über Österreich hereingebrochen war, nicht weniger als 37 Monate Haft auf sich nehmen. Zuerst verschickte ihn das Schuschnigg-Regime in das Anhaltelager Wöllersdorf, später, unter dem braunen Faschismus, kam er nach Theresienstadt, wo er grauenvolle Erlebnisse hatte. Er wurde wegen seiner politischen Einstellung nicht weniger als siebenmal verhaftet, eingekerkert und in das KZ gebracht. Einen Teil seiner schrecklichen Zeit in der Kleinen Festung Theresienstadt hatte er unter anderem in dem Prozeß gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer Stefan Rojko geschliffen.

Aber er blieb seiner Gesinnung treu. Und als unser Heinrich im Jahre 1945 wieder in die Freiheit zurückkehren konnte, krank und fast zum Skelett abgemagert, da ließ er es sich nicht nehmen, die Arbeit dort wieder von neuem fortzusetzen, wo sie ihm durch den Faschismus aus der Hand geschlagen worden war.

Am 24. Mai 1977 haben wir unseren Genossen Widmayer auf dem Jedlersdorfer Friedhof begraben, und unsere Genossin Anny Körner würdigte in zu Herzen gehenden Abschieds-

worten noch einmal das arbeitsreiche Leben unseres toten Freundes... Dann senkte sich der Sarg in die Tiefe, und ein Genosse, der mit Stolz das Goldene Parteiabzeichen für 50jährige Mitgliedschaft trug — es war ein betagter Landarbeiter — sagte laut mit bewegter Stimme, als er eine rote Nelke ins Grab fallen ließ:

„Du, lieber Genosse Widmayer, warst ganz hoch oben, und ich war nur ein Knecht bei der Herrschaft. Aber Du warst nicht zu stolz, zu Dir konnte jeder mit seinen Sorgen kommen, und Du hast ihn angehört. — Jetzt aber hast Du uns verlassen. Vielen Dank, lieber Genosse und Freund Widmayer!“

Dieser Dank aus dem Mund eines Menschen aus den Reihen der Landarbeiter war wohl mehr als jede andere Auszeichnung. — Wir werden unseren Genossen Heinrich Widmayer niemals vergessen!

Salzburg

Bischofshofen. Josef Fuchs †. Am 16. Juli 1977 ist unser Sepp nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren gestorben. Mit ihm haben wir einen treuen Kampfgefährten aus schwerer Zeit und einen unermüdeten Funktionär verloren. Genosse Josef Fuchs verbrachte vom 4. 4. 1942 bis zum 27. April 1945, also mehr als drei Jahre, in verschiedenen Gefängnissen, in Salzburg, Innsbruck, Landshut und Landsberg am Lech —, aber als der blutige Hitler-Spuk sein Ende gefunden hatte, da war unser Sepp gleich von Anfang an wieder beim Aufbau dabei. Er gehörte von 1945 bis 1969 der Gemeindevertretung an und wurde für seine erfolgreiche Tätigkeit wiederholt ausgezeichnet. Und beim Wiederaufbau der Partei hatte er sich große Verdienste erworben, sowohl im Bezirk als auch in der SPÖ Bischofshofen; bei beiden Organisationen war er viele Jahre hindurch Obmann.



Die Verabschiedung fand am Mittwoch, dem 20. Juli 1977, um 14 Uhr im Ortsfriedhof von Bischofshofen statt. Die Bezirksorganisation der Partei und die Ortsorganisation Bischofshofen werden ebenso wie die Sozialistischen Freiheitskämpfer des bewährten Genossen Sepp Fuchs stets in ehrender Dankbarkeit gedenken. „Niemand vergessen!“

Hallein. Albert Mitsche †. Strömender Regen konnte die Funktionäre der SPÖ und ihrer Organisationen nicht abhalten, am Freitag, dem 25. Februar 1977, nachmittag, den zehn Tage vor seinem 84. Geburtstag verschiedenen Genossen Albert Mitsche sen., einen Pionier der Partei, in großer Teilnahme auf dem städtischen Friedhof zu verabschieden.

Genosse Karl Steinocher und Bezirksobmann Genosse Johann Pitzler hielten die Gedenkreiden für den Träger der Victor-Adler-Plakette, der seit 1907 durch alle schweren Zeiten der Sozialdemokratie als Mitglied und Funktionär die Treue gehalten hat. Sozialistische Jugend, Kinderfreunde, Freiheitskämpfer, voran der Pionier Otto Seifried, Freier Wirtschaftsverband, und Funktionäre aus dem ganzen Bezirk gaben dem ersten Bezirksobmann nach 1945 die letzte Ehre. Dem langen Trauerzug wurden die Victor-Adler-Plakette und die alte Schutzbundfahne vorangetragen. Mitsches letzter Wunsch, das neue Bezirkssekretariat der SPÖ in Hallein zu sehen, war leider nicht mehr in Erfüllung gegangen, aber sein Bild sorgt dort nun für ehrendes Gedenken. Niemand vergessen!

Steiermark

Kapfenberg. Familienabend. Am Sonntag, dem 20. März 1977, veranstaltete die Bezirksgruppe Kapfenberg im schön geschmückten Saale des Arbeiterheimes einen Familienabend für ihre Mitglieder, zu dem auch die Brucker Mitglieder eingeladen worden waren.

Bezirksobmann Genosse Jaritz konnte als Ehrengäste den Landesobmann der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Genossen Hermann Lackner und den Betriebsratsobmann Genossen Alois Rechberger begrüßen. Bürgermeister Genosse Franz Fekete befand sich auf Kuraufenthalt und konnte an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Nach einer kurzen Ansprache begann der Familienabend mit den Klängen der beliebten Kapelle Hackl. Für die humoristischen Einlagen sorgte wie immer unser Mundartsprecher Genosse Ignaz Pierer.

Kapfenberg. Schweigemarsch. Gemeinsam mit der Sozialistischen Partei haben die Mitglieder unserer Bezirksgruppe auch im heurigen Jahr am 12. Februar an dem traditionellen Schweigemarsch zum Gedenkstein auf dem Friedhof teilge-

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

nommen, der mit der Kranzniederlegung für unsere gefallenen Opfer verbunden war.

An dem Schweigemarsch nahmen auch viele Betriebsräte und Gemeinderäte teil. Vor dem Gedenkstein sprach Genosse Heinrich Scheibengraf tiefempfundene Worte des Gedenkens an die vielen Opfer, die in den Jahren des Faschismus, um ihrer Idee und Überzeugung willen, ihr Leben lassen mußten. Nach einer Trauerminute wurde die Kundgebung dann beendet.

Kärnten

Landeshauptversammlung. Die Landeshauptversammlung des Landesverbandes Kärnten des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am Samstag, dem 26. März 1977, im Haus des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt statt. An dieser Versammlung nahmen auch viele Ehrengäste teil, darunter auch der LandesparteiSekretär Genosse Franz Tratter. Vom Bundesvorstand war der Wiener Landesobmann Genosse Robert Blau gekommen. Bei der Totenehrung wurde vor allem des im Vorjahr verstorbenen Landesobmanns Genossen Ferdinand Wedenig gedacht. Wedenig war ein unbeirrbarer Streiter für den demokratischen Sozialismus in unserem Lande. Er war auch Ehrenobmann des überparteilichen Komitees zur Errichtung und Pflege des Mahnmals für die Kärntner Opfer um die Freiheit Österreichs auf dem Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl. Auch der verstorbenen Genossen Franz Pogatschnig und Martin Hosp wurde gedacht. Wir werden sie niemals vergessen!

Dann wurde das Wahlkomitee gewählt; Genossin Emmi Haitzmann sowie die Genossen Abuja, Müller und Schweinzer.

Anschließend sprach Genosse Franz Tratter. Er überbrachte die Grüße des LandesparteiVorstandes der SPÖ und betonte, wenn auch der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer zahlenmäßig naturgemäß immer kleiner werden müsse, so habe er doch als Wahrer des Gewissens und der sozialistischen Idee innerhalb der Partei eine große Bedeutung. Sodann gab der geschäftsführende Obmann Genosse Hans Pawlik den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung am 9. März 1975. Der Landesvorstand hielt in der Berichtszeit nur vier Landesvorstandssitzungen ab, da die Interventionstätigkeit naturgemäß etwas abgenommen hat. Nur in den letzten Wochen wurde eine Reihe von Anträgen unserer Mitglieder an den Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte (Hilfsfonds) über unseren Landesverband weitergeleitet.

Der Landeskassier Genosse Alois Brenter konnte zu den Weihnachtsfeiertagen bedürftigen Mitgliedern mit einer Unterstützung helfen. Dem zuständigen Referenten der Kärntner Landesregierung, Landesrat Rudolf Gallob, wurde der besondere Dank ausgesprochen.

Bei der Bundeshauptversammlung am 25. und 26. April 1975 sowie bei einer Arbeitstagung im September 1976 in Wien, wo auch Kärntner Delegierte anwesend waren, beschäftigte man sich neben Problemen der jüngsten Opferfürsorgenovelle und der Organisation vor allem mit der kommenden Parteireform und der Frage der faschistischen Gefahr in Österreich. Bei allen diesen Konferenzen, ebenso wie auch bei den Landesvorstandssitzungen spielte das Kärntner Minderheitenproblem eine bestimmende Rolle. Scharf verurteilt wurden die Bombenanschläge, von welcher Seite auch immer, weil solche Gewalttaten nur die Situation im Lande verschärfen können. Die Schuld für die unerfreuliche Situation hat aber das NS-Regime auf sich geladen. Die Kärntner Sozialisten haben sich stets bemüht, für die Wiedergutmachung der Schäden einzutreten, die der slowenischen Minderheit durch die Nazis zugefügt wurden. Es soll aber auf jeden Fall in der Minderheitenfrage keinen weiteren Alleingang der SPÖ im Parlament oder im Land geben.

Der Kassier Genosse Alois Brenter brachte dann den Kassenbericht, während anschließend für die Kontrolle der Kontrollobmann den Antrag auf Entlastung des Landesvorstandes und des Kassiers stellte; der Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Das Hauptreferat hielt nun Genosse Robert Blau. Er überbrachte vor allem die Grüße des Bundesvorstandes und beschäftigte sich ausführlich mit der letzten Novelle des Opferfürsorgegesetzes und mit den Leistungen aus dem Hilfsfondsgesetz. Es konnten auch mehrere Anfragen darüber beantwortet werden.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurden folgende Funktionäre gewählt:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Landesobmann: | Genosse Hans Pawlik |
| 2. Landesobmann: | Genosse Thomas Wieser |
| 1. Kassier: | Genosse Alois Brenter |
| 2. Kassier: | Genosse Franz Pogantsch |
| 1. Schriftführer: | Genosse Franz Pogantsch |
| 2. Schriftführer: | Genosse Dkfm. Johannes Schleicher |
| Kontrolle: | Die Genossen Gottfried Abuja und Franz Schweinzer |
| Frauenreferat: | Genossin Emmi Haitzmann |
| Beisitzer: | Die Genossen Gerhard Hausenblas und Rudolf Miklau |

Als Delegierte zur Bundeshauptversammlung am 29. und 30. April 1977 in Wien wurden die Genossen Abuja, Pawlik, Schleicher, Schweinzer und Wieser gewählt. Beim Landesparteitag der SPÖ wird der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer durch Genossen Thomas Wieser vertreten.

In der Diskussion sprachen die Genossen Abuja, Schweinzer und Wieser über faschistische Tendenzen in unserem Lande. Deren Bekämpfung kann aber nicht nur die Sorge allein der Sozialistischen Freiheitskämpfer sein, sondern alle demokratischen Kräfte in unserem Lande müssen entschieden gegen diese Umtriebe auftreten.

1210 WIEN
 Voltsgasse 28-30/18/3/11
 Herrn Eduard

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 2, Praterstern 1 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3, Landstraßer Hauptstraße 96 | Jeden 1. und 3. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 4, Wiedner Hauptstraße 60 b | Jeden 2. u. letzten Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 5, Siebenbrunnengasse 5/Stiege 6/
Parterre links | Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6, Otto-Bauer-Gasse 9 | Di. 18 bis 19 Uhr |
| 7, Neubaugasse 25 | Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 8, Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9, Marktgasse 2/I | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 10, Laxenburger Str. 8/10/I | Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11, Simmeringer Hauptstraße 80 | Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 12, Ruckergasse 40 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 13, Jodlgasse 7/III | Do. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 14, Linzer Straße 297 | Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 15, Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 16, Zagorskigasse 6 | Do. 18 bis 19 Uhr |
| 17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) | Mo. 17 bis 18 Uhr |
| 18, Gentzgasse 62 | Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr |
| 19, Billrothstraße 34 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| Opferfürsorge | Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr |
| 20, Raffaelgasse 11 | Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 21, Prager Straße 9 | Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 22, Donauefelder Str. 259 | Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 23, Atzgersdorf,
Breitenfurter Straße 230 | Di. 9 bis 11 Uhr |

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1,
Landespartei sekretariat 1. Di. 9 bis 11 Uhr
Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
Wien Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband ... 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Mo. 9 bis 11 Uhr
Zimmer 3 Jeden 1. Mi. 16 bis 18 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di. 16 bis 17 Uhr
Gasthof Gamsjäger

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. u. Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch 17 bis 19 Uhr
Zimmer 17
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim, Jeden 2. Mittwoch 18 bis 19 Uhr
Wiener Straße, Zimmer 14

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 11. Oktober 1977